

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 21

Artikel: Krieg im Frieden : die Begriffe von Krieg, Frieden und Revolution in der kommunistischen, insbesondere sowjetischen Auffassung und Handhabung
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095031>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Por 916 498

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

AZ 3000 Bern 6

Sondernummer

ZEITBILD

Erscheint alle zwei Wochen
16. Jahrgang Nr. 21
Bern, den 15. Oktober

Sto.

ETH-ZÜRICH

15. Okt. 1975

BIBLIOTHEK

Krieg im Frieden

Die Begriffe von Krieg, Frieden und Revolution in der kommunistischen, insbesondere sowjetischen Auffassung und Handhabung. Eine Studie von Laszlo Revesz.

Grenzhelfer-Uebung an der DDR-Friedensgrenze. Bild aus dem Buch «Unsere Nationale Volksarmee», Ost-Berlin, o. J.

Mit der vorliegenden Sondernummer stellen wir das ZeitBild einer weiten Oeffentlichkeit vor. Was diese Nummer in grösse-rem Umfang und höherer Konzentration enthält, ist Beispiel des Beitrages, den das ZeitBild unermüdlich leistet: Hinweise und Einblicke zu vermitteln auf die ost-europäische Wirklichkeit jener Fragen, die in Westeuropa zur Diskussion stehen. Denn dieses Westeuropa könnte nur zum eigenen Schaden an jener Wirklichkeit vorbeileben.

Von der Verbreitung dieser Sondernummer erhoffen wir uns viele Leser und vor allem auch neue Abonnenten. Nachbestellungen dieser Nummer als Grundlage staatsbürgerlichen Unterrichtes in Schulen können aufgegeben werden.

Redaktion und Administration ZeitBild

Edg. Techn. Hochschule
Bibliothek
Leonhardstr. 33
8006 Zürich



IN DIESER NUMMER

Krieg im Frieden

Eine Untersuchung von Laszlo Revesz

Zur politischen Semantik 3-9
 Freiheit 4
 Demokratie 5
 Politik, Patriotismus, Volk 7
 Souveränität, Recht und Gesetz 8

Der Krieg 10-13
 Die Theorie anhand der marxistisch-leninistischen Klassenbegriffe 10
 Die Praxis am Beispiel der sowjetischen Geschichte 11
 Der gerechte Krieg. Ein Konzept, das gestattet, auch den Angriffs- und Eroberungskrieg als Verteidigung gegen die Aggression zu definieren. Revolutionärer Krieg, nationaler Befreiungskrieg 12

Der Friede 14-20
 Gewährleistung durch Zerstörung der als friedensfeindlich definierten gegnerischen Ordnung 14
 Friedliche Koexistenz. Fortsetzung des Krieges durch politische Mittel. Mittelbare Kriegführung durch Verbündete 15
 Friedensgesetze. Im Sowjetlager ist Kriegspropaganda verboten. Die eigenen Kriegsvorbereitungen sind friedliebend und daher zu propagieren 19
 Institutionen des sowjetischen Friedens 20

Die Revolution 21-25
 Der friedliche und der nichtfriedliche Weg als Nützlichkeitsfrage 21
 Verbündete und ihre Behandlung. Sozialdemokraten, Intellektuelle, Studenten 23
 Konterrevolution. Dialektik der Macht am Beispiel Ungarns 25

Friede für Europa

«Die Breschnew-Clique folgt Hitlers ausgetretener Spur zur Weltherrschaft. Vergleicht man die Worte und Taten der Sowjetrevisionisten mit den Worten und Taten Hitlers, kann man sehen, dass sie nicht nur Hitlers Träume von der Herrschaft über die Welt träumen, sondern auch in auffälliger Analogie zu dem handeln, was er tat, um seinen wilden Ehrgeiz zu befriedigen. (...)»

Als Hitler sein Rüstungsprogramm beschleunigte, Kriegsvorbereitungen traf, Aggression und Expansion betrieb, bekannte er lauthals seinen ehrlichen Wunsch nach ‚Frieden‘, um die Völker aller Länder einzulullen. Es ist offenkundig, dass die Breschnew-Clique heute die gleiche Taktik anwendet. (...)»

Vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (...) wiederholte Hitler unablässig seine Versicherung, Deutschland habe keine Absicht, gegen Grossbritannien und Frankreich Krieg zu führen, Deutschland wolle vielmehr ‚Zusammenarbeit mit allen europäischen Ländern‘. In Tat und Wahrheit galt sein Augenmerk vorrangig und hauptsächlich den westeuropäischen Ländern.

Von der Kriegsangst und Appeasementpolitik der massgeblichen britischen und französischen Regierungsmitglieder profitierte Hitler, um die Tschechoslowakei und andere Länder zu besetzen, seine Stärke aufzubauen. Der eigentliche Beginn des Zweiten Weltkrieges war dann der deutsche Angriff auf Grossbritannien und Frankreich.

Nicht anders erklärt heute die Breschnew-Clique bei jeder Gelegenheit, die Sowjetunion wünsche ‚Frieden und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent zu gewährleisten‘, wünsche ‚gutmächtige Beziehungen und Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Ländern‘. (...) Dem Beispiel Hitlers folgend, nützt die Breschnew-Clique die Angst vor dem Krieg und den Wunsch nach Frieden bei gewissen Leuten im Westen aus, um ihre Forderungen immer höher zu schrauben.»

*

Diese Schilderung der europäischen Koexistenz-Szenerie als Vorfeld der sowjetischen Aggressionspolitik à la Hitler stammt von der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua (1.7.1975). Sie ist natürlich eine antisowjetische Stimme, aber auch eine kommunistische. Das zu betonen ist nicht nur deshalb wichtig, weil man hierherum die Warnung vor der sowjetischen Friedenspolitik als typisch antikommunistischen Reflex empfindet, sondern auch deshalb, weil in der sino-sowjetischen Auseinandersetzung der kommunistische Umgang mit Begriffen wie Krieg und Frieden exemplarisch deutlich wird.

Solange es um die Gegenüberstellung von kommunistischen und nichtkommunistischen Auffassungen geht, kann sich die marxistische oder marxistisch-leninistische Seite darauf berufen, dass der Wortgebrauch stets vom Klasseninteresse diktiert ist, und das lässt ihr freies Spiel gegenüber einer bürgerlich «objektivistischen» Begriffswelt, die einfach nicht anerkannt wird. Hier scheint die kommunistische Dialektik zu triumphieren, weil sie sich mit Tatsachen nicht abzufinden hat. Zum Beispiel nicht gewährte Freiheit im sozialistischen System? Man kontert: Freiheit für wen? Wenn der Ausbeuter seine Freiheit hat, haben die Ausgebeuteten eben keine.

Aber wenn es um die Gegenüberstellung von Auffassungen verfeindeter Kommunisten geht, wird die Dialektik ad absurdum geführt. Die angeblich universalen Klassenkriterien enthüllen ihre Untauglichkeit, wenn sie in einer Konfrontation beidseitig gebraucht werden. Und es zeigt sich überdies, dass Kommunisten im Grunde genommen ihren eigenen Kriterien nicht glauben. Der friedliebende Charakter wird zum Beispiel den Sowjets von den kommunistischen Chinesen viel weniger geglaubt als von den nichtkommunistischen Westeuropäern. (Natürlich muss ein Kommunist in einem solchen Fall seinem kommunistischen Feind den sozialistischen Charakter absprechen; sonst würde er sein Selbstverständnis verlieren, aber aus diesem Zwang wird die Relativität der ideologischen Ansprüche nur um so deutlicher.)

Der kommunistischen Begriffshandhabung wird man also notwendigerweise auf die Schliche kommen. Aber es wäre besser, wenn man dafür nicht erst durch die Schule des Systems gehen müsste.

Erforderlich: Eine noch nie dagewesene Anstrengung zur Hasserziehung

Die Erfahrungen zeigen, dass man den Feind nicht besiegen kann, ohne gelernt zu haben, ihn mit ganzer Seele zu hassen.

Ohne aktiven Hass auf den Feind kann keine Rede von einer guten moralisch-politischen und psychologischen Bereitschaft der Soldaten zu Kampfhandlungen sein. Der Charakter des modernen Krieges erfordert eine noch nie dagewesene Steigerung der Anstrengungen zur Erziehung des Hassgefühls gegenüber dem Feind. Schon zu Friedenszeiten muss dieses Gefühl so stark ausgeprägt vorhanden sein, dass der Soldat in jedem Augenblick mutig und ohne Zweifel den Kampf gegen den Feind mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln beginnen könnte. (...)»

Die Erziehung zum Hass auf den Feind setzt die Orientierung des Soldaten über das Klassenwesen der bürgerlichen Armeen und deren volksfeind-

lichen Charakter voraus. Die Kriegserfahrung lehrt, dass die Armeegewährten aus allen Klassen rekrutiert werden und dass diese Armeen dem Kapitalismus dienen und Werkzeuge seiner aggressiven Politik sind. (...)»

Die Enthüllung des aggressiven Wesens des Imperialismus, des volksfeindlichen aggressiven Charakters seiner Armeen, die Enthüllung ihrer verbrecherischen Ziele und ihres Raubtierantlitzes bildet den Hauptinhalt der Bemühungen um die Erziehung zum Hass auf den Feind. Der Hass auf den Feind ist der beständige Begleiter des Soldaten. (...) Im politischen Unterricht, in Vorlesungen, Vorträgen und Besprechungen (...) zeigen die Offiziere und Politfunktionäre das Raubtierantlitz der imperialistischen Banditen auf.

General A. Scheltow und Oberst M. Korobejnikow: «Soldat i wojna», Militärverlag, Moskau 1971. Auf Deutsch herausgegeben von Georg Bruderer. «Soldat und Krieg», SOI-Verlag, Bern 1972.

Politische Begriffe im gezielten Missverständnis

Was ist zum Beispiel eine Mehrheit, wenn sie nicht gezählt werden darf? In der «Prawda» vom 6. August schrieb Konstantin Sarodow: «Für Lenin und die Leninisten war es immer das erste Gebot der revolutionären Strategie und Taktik, sich auf die Volksmehrheit zu stützen. Die Mehrheit wird jedoch von ihnen nicht arithmetisch aufgefasst, sondern politisch. Es handelt sich um eine revolutionäre Mehrheit, die sich nicht aus der Bestellung von gewählten Vertretungsorganen der Macht ergibt...» Der Fall einer Majorität, die man nicht quantitativ verstehen dürfe, macht anschaulich, was unsere kommunistischen Partner meinen, wenn sie uns Respektierung der Mehrheit versprechen. Und er macht anschaulich, dass wir auch sonst wissen müssen, was jeweils gemeint ist.

Der «Sozialismus sowjetischer Prägung» hat in den bald sechzig Jahren seines Bestehens eine völlig neue Terminologie hervorgebracht. Sie gilt insbesondere jedem politischen Begriff, und zwar meistens so, dass er verschiedene inhaltliche Elemente erhält, abhängig vom «Klassencharakter» des gegebenen Staates. Das ist auf die dialektische Interpretation zurückzuführen, die eine objektive Definition der Begriffe zurückweist und statt dessen auf das Interesse ihrer Anwendung abstellt.

Die Folge ist, dass man im west-östlichen «Gespräch» verschiedene Sprachen spricht. Man versteht wohl, was der östliche Diskussionspartner sagt, nicht aber, was er damit meint. Dem dialektisch ungeschulten Teilnehmer entgeht, was hinter der östlichen Terminologie steckt, sogar und besonders bei den meistgebrauchten Begriffen.

Die entstehende Begriffsverwirrung gereicht jedoch dem östlichen Partner zum einseitigen Vorteil. Einmal, weil ihm der eindeutige Sprachgebrauch des Westens selbstverständlich geläufig ist (während man umgekehrt den östlichen Sprachgebrauch nicht kennt oder wider besseres Wissen ignoriert), dann aber auch deshalb, weil er sich die Interpretation vorbehalten kann, weil er nicht auf eine inhaltliche Aussage festgelegt ist. Mögen beide Seiten aneinander vorbeireden, die eine Seite tut es zielbewusst.

Für die Auswirkungen dieser ungleichgewichtigen Sachlage bleibt das Osteuropa der Jahre 1945 bis 1948 beispielhaft. Die damalige politische Begriffsverwirrung wurde lediglich von den Kommunisten zielbewusst ausgenutzt. Die demokratischen Kräfte zogen schon deshalb den kürzeren, weil sie sich in der Sprachregelung der Gegenseite nicht auskannten.

In den heutigen Satellitenstaaten der UdSSR gab es in jener kritischen Periode immerhin einige Jahre lang die Koalition von Volksfrontregierungen, ja es gab Mehrparteiensysteme mit politischer Opposition. Diese wurde dann allerdings von den Kommunisten beseitigt, und auch viele der ehemaligen Koalitionspartner der KP wurden verfolgt, eingesperrt oder hingerichtet.

Wie war es möglich, dass sie sich in so kurzer Zeit aus politischen Kräften zu hilflosen Opfern wandelten? Viele dieser Politiker hatten zuvor unter täglicher Gefahr für sich selbst und ihre Familien gegen die Nazis Widerstand geleistet,

aber im Umgang mit den Kommunisten versagten sie nun. Sie verhandelten mit ihnen, ohne zu begreifen, was mit ihrer Terminologie gemeint war. Die Irreführung und Selbsttäuschung der Alternativkräfte war nicht die alleinige Ursache der folgenden Diktatur, aber sie gehörte zu ihren Voraussetzungen.

Schon längst ist das bolschewistisch-sozialistische System zum Weltsystem geworden. Solange die beiden Systeme noch voneinander isoliert waren, konnte man vielleicht die Beschäftigung mit der osteuropäischen Wirklichkeit als Sache der Spezialisten betrachten. Bei der heutigen Verflechtung in ihren politischen, wirtschaftlichen, technisch-wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten ist die Konfrontation mit System und Ideologie der kommunistischen Macht unerlässlich geworden, und das lässt sich ohne Kenntnis ihrer Terminologie nicht durchführen.

Die vermehrten Kontakte zwischen West- und Osteuropa im Zeichen der «friedlichen Koexistenz» übertragen die Auseinandersetzung immer mehr von der staatlichen auf die gesellschaftliche Ebene. Nicht nur der Staat, auch das Individuum ist der Ideologie und Terminologie des Ostens ausgesetzt. Es muss heute zur Allgemeinbildung gehören, die Terminologie des Koexistenzpartners zu erkennen, um so mehr, als dieser sich zum Ziel setzt, jegliche Sozial-, Staats- und Wirtschaftsordnung zu ersetzen, die ihm im Wege steht. Der taktische Weg zum strategischen Ziel führt unter anderem über den Sieg im semantischen Bereich der politischen Begriffsbildung.

Die weitaus meisten politisch und wissenschaftlich relevanten Begriffe haben in der marxistisch-leninistischen Terminologie nicht eine Bedeutung, sondern eine *jeweilige* Bedeutung, abhängig von der Klassenposition. Das ermöglicht auch einen in sich widersprüchlichen Inhalt. Häufig gibt es unterschiedliche Inhaltselemente für das kapitalistische und «sozialistische» System, immer aber mindestens eine Interpretation je nachdem.

Wie die dialektische Behandlung funktioniert, ersieht man am besten bei zentralen Begriffen, die man auch in der nichtkommunistischen Terminologie verwendet, was immer wieder einen Konsens vortäuscht, der in keiner Art und Weise besteht. Wir stellen einige vor.

ZETBILD

erscheint alle
zwei Wochen**ZeitBild**Redaktion – Administration – Anzeigen-
verwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616. Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 30.– jährlich (Ausland Fr. 33.–, DM 30.–)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–

(Ausland Fr. 22.–, DM 20.–)

Halbjahr Fr. 16.– (Ausland Fr. 17.–, DM 16.–)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–,
DM 1.50)**Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI**

Hanni Tarsis, Prof. Dr. Laszlo Revesz,

Predislav Kuburovic, Ian Tickle,

Dr. Ernest Schmidt,

Korrespondenten

Oskar Angelus (Lund), Georg Bruderer

(Bern), Dr. Alphonse Max (Montevideo),

Dr. Michael Stemmer (Tel Aviv), Valerij Tarsis

(Bern)

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques

Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 5

Druck und Versand

Verbandsdruckerei AG Bern

Maulbeerstrasse 10, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information über internationale

Entwicklungen

SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)

Informationsdienst (Uebersicht über die

Presse kommunistischer Staaten)

Wirtschaftsdienst (Wirtschaftsentwicklung

Osteuropas)

Freier Korrespondenz-Dienst (Artikel für die

Presse Schweiz)

Swiss Press Review and News Report

(Artikel für die Presse Asien und Afrika)

Revue de la Presse Suisse – Informations –

Commentaires (Artikel für die Presse Afrika)

Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI

Vortragsdienst

Buchhandlung (kostenlose Uebersicht:

Das aktuelle Buch)

Verlag (Taschenbuchreihe Tatsachen und

Meinungen)

Neuerscheinungen der VDB



Bundesrat F. T. Wahlen

Biographie von Hermann Wahlen

Auf über 200 Seiten, im Grossformat 17×24 cm, schildert Hermann Wahlen das Werden und Wirken dieses Staatsmannes vom Emmentaler Bauernbuben zum Bundesrat. Sein Anbauwerk im Krieg, seine Tätigkeit im FAO und im Gremium der 3 Weisen in der Jurafrage sind darin fesselnd geschildert.

Geschenkband in Mattleinen mit Farbprägung, gediegen illustriert.

Bis zum 31. Dezember 1975 noch zum ermässigten Subskriptionspreis von Fr. 29.80, nachher Fr. 36.—.



Liebes altes Bern

Stadtbilder von 1850 bis 1925, ausgewählt und kommentiert von A. H. Schwengeler.

96 Bildseiten zweifarbig, mit 16 Seiten Text, Panorama und vierfarbigem Vorsatzblatt und farbigem Umschlag.

Bis 31. Dezember 1975 nur Fr. 35.—, nachher Fr. 39.80.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Buchverlag Verbandsdruckerei AG Bern

Freiheit

Zu den wichtigsten Parolen der ganzen kommunistischen Bewegung gehört der «Kampf für die Freiheit». Nun bedeutet aber in kommunistischer Auffassung die Freiheit wohl eine Wahl unter mehreren Möglichkeiten, aber nur in Erkenntnis der Notwendigkeit — und diese ist als Sieg des Sozialismus vorgegeben.

«Die Freiheit des Willens bedeutet nichts anderes als die Fähigkeit, Entscheide in der richtigen Erkenntnis zu fällen (. . .). In diesem Sinne besteht die Freiheit aus der erkannten Notwendigkeit.» (S. Smirnow: «Freiheit und Verantwortung», in «Kommunist», Moskau, Nr. 14/1966)

Diese «Notwendigkeit», auch «objektive Gesetzmässigkeit» genannt, wird also zum unabdingbaren Inhalt des Freiheitsbegriffes: Du bist frei,

Du bist frei, gemäss der objektiven Notwendigkeit zu handeln, die ich für dich erkannt habe

wenn du meine Erkenntnis teilst. Und als Gebrauch der Freiheit ergibt sich die Erfüllung eines apodiktischen Postulats.

Die Notwendigkeit wird auch mit dem richtigen Interesse gekoppelt, das ebenfalls vorbestimmt ist in der Zustimmung zur richtigen Gesellschaft und in der Feindschaft zur falschen:

«Die Freiheit der Wahl ist noch keine Freiheit des Handelns. Diese hängt vom Charakter der gesellschaftlichen Bedingungen ab. (. . .) Fallen die Interessen des Individuums mit jenen der herrschenden Klasse nicht zusammen, so wird seine Tätigkeit auch der herrschenden Moral widersprechen, und der Staat, der die erwähnten Interessen schützt, beschränkt die Tätigkeit des Individuums. Deshalb kann (dort) Freiheit ohne praktische revolutionäre Tätigkeit nicht existieren. (. . .) In der sozialistischen Revolution fallen die revolutionären Handlungen des Proletariats, die sich auf Erkenntnis der sozialen

Die Grundfreiheiten sind in der Verfassung nur zum Zwecke der Systemfestigung gegeben; anders existieren sie nicht

Gesetze stützen, mit den historischen Vorgängen zusammen. Folglich ist (nur) jenes Handeln tatsächlich frei, welches mit der historischen Notwendigkeit zusammenfällt.» (K. N. Krutowa und N. N. Krutow: «W. Lenin über die aktive Rolle der Moral», in «Sowjetskaja pedagogika», Nr. 4/1967)

Entsprechend wird von der Politik gesagt, dass sie *dann* die Freiheit festige, wenn sie der «objektiven Entwicklungstendenz» Rechnung trage. Sonst bewirke sie Unterdrückung der Freiheit und Etablierung der Willkür. (Ebenda)

Da aber nur der Sozialismus der historischen Notwendigkeit entspricht und mithin nur er die Bedingungen zum freien Handeln gewährleistet, ist dieses System die Bastion der richtig verstandenen Freiheit: «Die politische Freiheit aller

Staatsbürger ist in der Sowjetgesellschaft durch die ganze wirtschaftliche, soziale und politische Struktur garantiert.» («Westnik Leningradskogo Univerzitetu. Serija ekonomiki, filosofii i prawa», Nr. 3/1966)

Als materialistische Auffassung der Freiheit wird ihre strikte Zweckbedingtheit vorgestellt: Die Freiheit muss an ihren Resultaten gemessen werden. In diesem Sinne geben die «sozialistischen Staaten» Freiheit nur zu einem vorbestimmten Ziel, nämlich «eine unbeschränkte Freiheit zur Verwirklichung des sozialistisch-kommunistischen Aufbaus» (S. Popow in «Polititscheskoje samoobrasowanije», Nr. 6/1966). Gleichzeitig vereiteln sie jeden Versuch, der die Grundlagen der so aufgefassten Freiheit gefährden könnte. Dem entspricht auch die Normengebung. So werden die Freiheitsrechte in der Sowjetverfassung keineswegs bedingungslos gewährleistet, sondern expressis verbis nur «in Uebereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zwecke der Festigung des sozialistischen Systems» (Art. 125). Freiheit im allgemeinen wird also grundsätzlich abgelehnt. Regimegegner haben keinerlei Freiheitsrechte, weil sie diese gegen den «Sozialismus» als «objektiv gesetzmässige Entwicklungstendenz» missbrauchen würden.

Die erste nationale Konferenz der ungarischen KP nach dem Volksaufstand von 1956 erklärte im Juni 1957 in ihrem Beschluss: «Restlose Nachachtung ist dem Prinzip zu verschaffen,

«Restlose Nachachtung dem Prinzip, dass keinem Feinde des Volkes irgendwelche Freiheiten zustehen»

dass keinem Feind dieser Volksrepublik irgendwelche Freiheiten zustehen; anders ist die Verteidigung der demokratischen Rechte nicht zu garantieren.» («Nepszabadsag», 30. 6. 1957)

Und Kadar erklärte im gleichen Jahr: «In der Ungarischen Volksrepublik Demokratie und Freiheit im allgemeinen zu verlangen, kommt der Forderung von Rechten für die Bourgeoisie und den Faschismus gleich. Bei uns gibt es Freiheit und Demokratie nur für das Volk.» («Nepszabadsag», 27. 10. 1957)

Wenn also Kommunisten für den Westen die Freiheit verlangen, meinen sie damit die Beseitigung der bestehenden Freiheit (für das Nichtvolk) und die Einführung jener Freiheit, die ihrem Zwecke dient. Nach der Aufhebung der «kapitalistischen» Freiheit kann dann die «planmässige» Einschränkung der Freiheit zum guten Zweck erfolgen. Gomulka: «Nur wir, nur das System der Diktatur des Proletariats, können in aufrechter Haltung den Grundsatz der Einschränkung der Freiheit im Interesse der Freiheit verkünden.» («Nowe drogi», Warschau, Nr. 8/1967)

Dass Freiheit im kommunistischen System nie die Freiheit des Andersdenkenden ist, hat 1962 der damalige KPdSU-Chefideologe Iljitschow in folgenden Worten beispielhaft ausgedrückt: «Es gibt bei uns vollständige Freiheit zum Kampf für den Kommunismus. Es gibt aber keine Freiheit zum Kampf gegen den Kommunismus, und es kann sie auch nicht geben.» («Iswestijia», 23. 12. 1962)

Demokratie

Nicht anders als den «Kampf für die Freiheit» verkündet die internationale kommunistische Bewegung den «Kampf für die Demokratie». Aber diese ist in dialektischer Auffassung ebenso ein Klassenbegriff wie die Freiheit. Wenn es keine allgemeine Freiheit gibt, dann gibt es auch keine allgemeine Demokratie für alle Staatsbürger. Die zeitgenössischen Sowjets unterscheiden etwa zwischen bürgerlicher, nationaler, revolutionärer und sozialistischer Demokratie, wobei letztere volksdemokratisch oder — als höchste Stufe — eben sowjetisch sein kann. Für die Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien gilt wiederum das Kriterium des Klasseninhalts.

Laut Marxismus-Leninismus ist Demokratie immer mit Diktatur verbunden; es fragt sich nur, für welchen Teil der Bevölkerung. Eine «reine Demokratie» sei die «verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält», hatte Lenin gesagt (Ausgewählte Werke, Band 12, Moskau 1947, S. 423), und daran hält sich die einschlägige Lehre.

Mit grösster Offenheit wird für die angeblich gesetzmässige Umwandlung zum jeweils nächsthöheren Typus der Demokratie dargetan, wie die ehemaligen Mitstreiter notwendigerweise der demokratischen Rechte verlustig gehen müssen, sofern sie nicht den ganzen Weg gemeint haben.

Ausgangspunkte sind die bürgerliche Demokratie (Demokratie für die besitzende Minderheit und Diktatur für die Mehrheit) oder (in Entwicklungsländern) die nationale Demokratie (Demokratie für alle; die am Kampf gegen den Imperialismus teilnehmen). Beide Formen wandeln sich dann aber zu einer revolutionären Demokratie, in der die Demokratie nur für jene gilt, welche die revolutionäre Umgestaltung bejahen und sich dafür einsetzen. Allen übrigen Staatsbürgern gebührt rechtens die Diktatur. So werden die ehemaligen Freunde und Verbündeten zu Feinden. Von ihnen sagt man nun, dass «sie sich selbst aus der Demokratie ausschliessen», wenn sie die weiteren Veränderungen nicht mitmachen wollen. Illustrativ dazu ist in der jüngsten Geschichte die Feindwerdung von Spínola und Mario Soares als Anhänger von «provisorischen» Formen der Demokratie in Portugal.

Das Merkmal der «sozialistischen Demokratie» als nächsthöherem Typ ist ihre «Parteilichkeit», das heisst, sie ist der Parteiführung und Parteikontrolle unterstellt. («Kommunist», Nr. 13/1961, und «Politischeskoje samoobrasowanie», Nr. 12/1964)

Die sozialistische Demokratie bedeutet in offizieller Lesart auch Demokratie für die Mehrheit und Diktatur für die Minderheit, wobei die

Mehrheit nach der Aussage ihrer «Avantgarde» (der KP) durch Klassenkriterien festgestellt wird; ein Test etwa durch Wahlen mit Alternativmöglichkeiten erübrigt sich schon deshalb, weil die Zugehörigkeit zur Mehrheit nach Klassenzugehörigkeit objektiv ist, wogegen das Ausfüllen eines Wahlzettels bloss nach dem subjektiven Bewusstsein erfolgt und daher das Bild nur verfälschen könnte.

Als höchste Stufe der klassegebundenen Demokratie figuriert die Diktatur des Proletariats; hier gilt die Diktatur der ehemaligen ausbeuterischen Minderheit. Ist dann diese verschwunden, so gelangt man zum sozialistischen Staat, der den Kommunismus aufbaut (was seit 1961 die offiziell erreichte Stufe der Sowjetunion ist), und dieser ist jetzt zum «Staat des gesamten Volkes» geworden. Hier besteht nun, heisst es, die Demokratie für alle Staatsbürger guten Willens, und die Diktatur kommt nur noch gegenüber Staatsfeinden zum Ausdruck, aber nicht mehr gegenüber ganzen Klassen. («Prawo i zycie», Warschau, 6. 6. 1965)

Die sozialistische Demokratie ist mit der politischen Opposition unvereinbar. Elementen, die den Sozialismus und die führende Rolle der Kommunisten ablehnen, muss das Recht abgesprochen werden, sich in einer Partei oder Organisation zusammenzuschliessen, dies im Interesse der Festigung der sozialistischen Demokratie. («Sztandar Mlodych», Warschau, 25. 5. 1965)

Der Sozialismus verwirklicht — im Gegensatz zur formalen bürgerlichen Demokratie — die «reale» Demokratie, da sich im Sozialismus die Minderheit der Mehrheit unterordnen muss. Würde man der Minderheit politische Rechte und die Möglichkeit einer Opposition einräumen,

Demokratie ist mit Rechten für politische Opposition unvereinbar

so würde dies der grössten Verletzung der sozialistischen Demokratie gleichkommen. Einer der führenden sowjetischen Politologen, P. Rodionow, stellte in diesem Zusammenhang die Frage: «... kann man die Verletzung des Willens der Mehrheit (...) als demokratisch bezeichnen? Eine solche Erscheinung kann tatsächlich (nur) antidemokratisch genannt werden, bringt Desorientierung mit sich, verletzt die Einheit der Partei, führt zur bürgerlichen Anarchie.» («Prawda», 9. 7. 1968)

Die sozialistische Demokratie verlangt die entschiedene Verteidigung dieser speziellen Demokratie und die Liquidierung ihrer Feinde.

Aus unserem Verlagsprogramm

Mihajlo Mihajlov

Moskauer Sommer

Ein Bericht

3. Auflage 1965, 111 Seiten, broschiert, 9.80, ISBN 3 85913 023 4

Mihajlo Mihajlov

Russische Themen

1969, 251 Seiten, Leinen, 22.85
ISBN 3 85913 045 5

Friedrich Salzmann

Die Verantwortung des Schriftstellers in seiner und in dieser Welt

TM 1, 1968, 16 Seiten, broschiert, 2.40
ISBN 3 85913 036 6

Friedrich Salzmann

Mit der Freiheit leben

1967, 237 Seiten, Pappband, 16.80
ISBN 3 85913 033 1

Kampf des Glaubens

Dokumente aus der Sowjetunion.
Aus dem Russischen von G. Bruderer.
1967, 142 Seiten, broschiert, 7.80
ISBN 3 85913 029 3

Peter Parker

Vietnam — wie es wirklich war

Indochina im Kräftefeld der drei Grossmächte
1974, 322 Seiten, Paperback, als Manuskript gedruckt, 34.20

Chien-jen Chen

Die Lohnstruktur in der Volksrepublik China

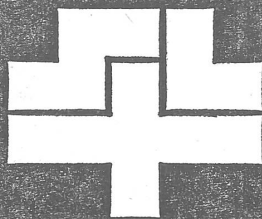
Als Manuskript gedruckt
1972, 200 Seiten, laminiertes Paperback, 36.—, ISBN 3 85913 076 6

Erhältlich in jeder Buchhandlung.

Verlag SOI

Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

Für alle Bankgeschäfte

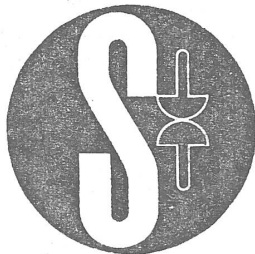


**Spar + Leihkasse
in Bern**

Handels- und Hypothekenbank

Bundesplatz 4 Telefon 031 2213 51

Prospekte
Kataloge
Zeitschriften
Bücher
Geschäftsdrucksachen



W. Steiger
Druck und Verlag AG
Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 4127 75



Alexander E. Heimann
Felix Thierstein

Das Bärengraben- Buch

104 Seiten
Vierfarbiger Pappband
Fr. 24.80

Viktoria Verlag
Ostermundigen

Mit Bildern von damals und von heute,
von kleinen Bären und von grossen
Bären,
vom alten Graben und vom neuen
Graben usw.

Mit Geschichten vom Bär, der ausreißt, vom Bärenraub
der Franzosen, von Doktors Vreni, das in
den Graben fällt, usw.

Ein Bärenbuch – Ein Bernerbuch!

In allen Buchhandlungen.

Basiswissen

Die Reihe «Basiswissen» richtet sich an Lehrer, Gymnasiasten und Studenten, sowie an der Erwachsenenbildung Interessierte. Die Bücher bieten Grundwissen und Repetition zum Preis einer Nachhilfestunde (je 19.80). Sie sind für den Selbstunterricht konzipiert.

Neuerscheinungen:

Basiswissen Pädagogik

Eine praxisnahe Einführung.

Ausgehend von verschiedenen Begriffen der Pädagogik wie «Lernen, Sozialisation, Erziehungsziele, Erziehverhalten» und andere werden die Aufgaben der verschiedenen Teildisziplinen der Pädagogik (wie z. B. Schul-, Sozialpädagogik usw.) dargestellt. Praktische Beispiele aus den verschiedenen Bereichen (Familie, Schule, Beruf) veranschaulichen die Theorien. Verschiedenartige Testformen am Ende der Kapitel ermöglichen eine Wissenskontrolle.

Basiswissen Psychologie

Eine praxisbezogene Einführung mit Fallbeispielen, Band 1.

Der Band geht von ganz konkreten zwischenmenschlichen schwierigen Situation in verschiedenen Lebensbereichen aus. (Isolation an der Universität, Aufgabenteilung in der Ehe, Erziehungsprobleme, Konflikt am Arbeitsplatz usw.) und deckt die zugrundeliegenden Ursachen auf. Möglichkeiten zur Behebung dieser Konflikte aus der Sicht der verschiedenen Teildisziplinen der Psychologie (Lern-, Wahrnehmungs-, Tiefen-, Entwicklungs- und Sozialpsychologie) werden aufgezeigt. Anhand von Mehrfachwahl und Problemfragen kann der Wissenstand kontrolliert werden.

Basiswissen Philosophie

Eine praxisbezogene Einführung.

Methoden vernünftigen Redens und Handelns.

Aus den weitreichenden und dem Laien oft sinnlos erscheinenden Fragen der Philosophie sind hier diejenigen Gebiete ausgewählt und dargestellt, deren Methoden Ansätze für eine Uebertragbarkeit auf aktuelle Diskussionsthemen und -formen bieten.

So werden ausgehend von den grundlegenden Denkansätzen aus den Bereichen der Logik, Ethik und Sozialphilosophie Methoden des verständlichen Redens und vernünftigen Handelns auf allgemein interessierende Fragen des öffentlichen und privaten Lebens angewendet. Die praktischen Fälle reichen von der Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung, der Reform des Eherechts bis zu Fragen der Erziehung und des familiären Zusammenlebens.

Bereits früher erschienen:

Basiswissen Mathematik: Elemente der Algebra; lineare Aussageformen; Vektoren, Matrizen, Determinanten; quadratische Gleichungen; Elemente der Geometrie; Abbildungen und Flächensätze; Potenzen, Wurzeln, Logarithmen; Trigonometrie; Flächen- und Körperberechnungen.

Bestellcoupon

Bitte einsenden an Ihre Buchhandlung oder an **verlag moderne industrie, Postfach, 8050 Zürich.**

Wir bestellen (fest / zur Ansicht) — Zutreffendes unterstreichen!

Name: _____

Adresse: _____



verlag moderne industrie

Politik

Will man die Stellungnahme des Sowjetlagers zu den internationalen Problemen prüfen, so muss man davon ausgehen, was die Politik in marxistisch-leninistischer Sicht ist: die Regelung der Beziehungen zwischen den Klassen untereinander (oder zwischen den Klassen und dem Staat, der ebenfalls als Klassenprodukt verstanden wird).

In der «antagonistischen Klassengesellschaft» jedenfalls ist also die Politik in dieser Lesart nichts weiter als ein Austragungsmodus des Klassenkampfes.

Eine Unterscheidung zwischen Innen- und Aussenpolitik wird dabei grundsätzlich nicht gemacht; man sieht den Klassenkampf, was immer seine spezifischen Formen sein mögen, als unteilbare Gesamtheit an. («Der Klassenkampf ist so international wie das Kapital.»)

Die richtige Politik ergibt sich aus der Parteinahme im Klassenkampf. Die sogenannte sozialistische Politik wird als wissenschaftlich begründet dargestellt, weil sie auf «objektiven Gesetzmässigkeiten» (Sieg des Sozialismus) beruht. Somit verkörpert sie nicht nur das Gute, sondern auch die Zukunftsverheissung, auch hier im Gegensatz zur bürgerlichen Politik, die sich den Gesetzmässigkeiten widersetzt und zum Scheitern verurteilt ist.

Wenn die Aussenpolitik als internationaler Klassenkampf definiert ist, muss entsprechendweise die Liquidierung des Klassenfeindes als politisch richtige Zielsetzung auch des zwischenstaatlichen Verkehrs verstanden werden. Dazu sind alle Mittel legitim, ja obligatorisch, die sich als zweckmässig erweisen. Schranken setzen lediglich die bestehenden Machtverhältnisse. Sie sind nicht an sich zu respektieren, sondern bloss nach der Zweckmässigkeitsregel zu beachten.

Gerade die sowjetische Theorie legt grössten Wert auf die Forderung, Innen- und Aussenpolitik eines kommunistisch regierten Staates sollten eine organische Einheit bilden, die sich auf die «objektive Gesetzmässigkeit des unvermeidlichen Sieges im Weltmassstab» stütze (u. a. «Woprosy istorii KPSS», Nr. 8/1968). Relativierungen dieses Anspruches gelten nicht der Sache, sondern nur der Methode, denn die Politik muss auf die erkannten «Entwicklungstendenzen» Rücksicht nehmen und hat sich in Zeit und Ort den jeweiligen Entwicklungsphasen in den jeweiligen Ländern anzupassen.

Die Handhabung der Aussenpolitik auf der Grundlage der klassegebundenen Philosophie des Marxismus-Leninismus entspricht dem ideologischen Selbstverständnis und der politischen Selbstdarstellung. Demnach müsste z. B. die sowjetische Aussenpolitik — richtiges Begreifen der schliesslich als wissenschaftlich deklarierten Weltanschauung vorausgesetzt — eigentlich berechenbar, ja zwingend sein. Sie würde sich aus dem Klassencharakter der jeweiligen Staaten ergeben. So müsste es unterschiedliche Kriterien für den Umgang mit sozialistischen Staaten, mit Entwicklungsländern oder imperialistischen Mächten geben.

Tatsächlich erhebt die UdSSR auch auf solche Prinzipien Anspruch. Aber weil die Auslegung der Klassenkampfkriterien ausschliesslich den Machthabern zusteht, ist ihr Bedürfnis freilich die massgebliche Grundlage ihrer Politik und

Aussenpolitik. So kann es geschehen, dass die zweifellos nichtkapitalistische Volksrepublik China eine erstrangige Feindrolle zu spielen hat, im Unterschied zur zweifellos kapitalistischen BRD usw.

Die theoretischen Grundlagen der Aussenpolitik bedeuten also nicht, dass etwa die Sowjets notgedrungen in ihrem Sinne handeln würden. Aber sie bedeuten im Minimum immer, dass die ausserpolitischen Aktionen damit gerechtfertigt werden. Das machtpolitische Vorgehen wird unter Berufung auf die Theorie immer legitimiert.

Das ist übrigens kein bloss akzidenteller Missbrauch der Ideologie. Diese gebietet ja ausgesprochenerweise die Relativierung aller Werte durch die richtige Interpretation der Klassensituation. Somit erhält diese Interpretation den Wert der absoluten Massgeblichkeit. Und recht hat somit derjenige, der die Macht hat, seine Interpretation als massgeblich durchzusetzen. Das ist keine Perversion der dialektischen Denkart, sondern ihre Konsequenz. Wo die Macht nicht hinreicht, zeigt sich die Beliebigkeit der Interpretation. Auf der Grundlage ihrer marxistisch-leninistischen Einsicht *beweist* die chinesische Führung, dass die Sowjetführung faschistisch ist, und umgekehrt.

Patriotismus

Die kommunistische Weltbewegung setzt sich in den nichtsozialistischen Staaten gegen den Patriotismus, gegen die traditionelle Vaterlandsliebe ein; sie stempelt sie als konservative und fortschrittfeindliche Erscheinung ab und verlangt die Unterordnung des Patriotismus unter den Internationalismus. Der «sozialistische Patriotismus» wird hingegen gross geschrieben und überall propagiert.

Wie Freiheit und Demokratie gilt auch der Patriotismus als Klassenbegriff und hat verschiedene Inhalte in den verschiedenen sozialen Systemen. «Das Bürgertum will den Patriotismus als einen über den Klassen stehenden Begriff verstanden wissen, um dadurch seiner Herrschaft ideologischen Rückhalt zu geben. Darum muss das Proletariat ihn bedingungslos ablehnen», schrieb Lenin. (Werke, Bd. 27, S. 330)

Der Hauptinhalt des Patriotismus ist nach kommunistischer Auffassung das Klasseninteresse. Aus diesem Grunde werden bürgerlicher und proletarischer Patriotismus einander gegenübergestellt. Der proletarische Patriotismus «ist ein Gefühl, das die Werktätigen zum Kampf gegen die eigenen und fremden Unterdrücker mobilisiert und die Sache der sozialistischen Revolution vorwärtsbringt» (Lenin, Werke, Bd. 26, S. 108).

«Der Patriotismus der Arbeiterklasse und ihres Vortrupps dient ausschliesslich und vollumfänglich der revolutionären Befreiung der unter dem Joch des Kapitals schmachenden Werktätigen, der Erämpfung der Macht des Proletariats und der Festigung der neuen, sozialistischen Ordnung, also dem sozialistischen Patriotismus.» («Meschdunarodnaja schisn», Nr. 12/1961)

Folgende Worte Lenins werden auch heute im politischen Kampf gegen den Kapitalismus/Imperialismus ausgenützt:

«Die politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen seines Kampfes können dem Proletariat

nicht gleichgültig bleiben, und deshalb kann ihm auch das Schicksal seines Vaterlandes nicht gleichgültig sein. Das Schicksal seines Vaterlandes interessiert es jedoch nur insofern, als sich dieses auf seinen Klassenkampf auswirkt, nicht aber aus irgendeinem bürgerlichen Patriotismus.» (Werke, Bd. 15, S. 193)

Indirekt dient der Begriff des sozialistischen bzw. proletarischen Patriotismus der KPdSU nur dazu, sich die internationale Bewegung unterzuordnen. «Der sozialistische Patriotismus und der proletarische Internationalismus bedeuten heute nicht nur die Ergebenheit gegenüber dem eigenen Vaterland, sondern auch gegenüber der sozialistischen Staatengemeinschaft; beide sind mit der proletarischen Solidarität der Werktätigen der Welt eng verbunden.» («Kommunist», Nr. 1/1969, redaktioneller Leitartikel)

Volk

«Volk» und «Volksmacht» gehören im Vokabular aller kommunistischen Parteien zu den meistgebrauchten Begriffen. Und man kann kaum einen grösseren Fehler machen, als sie zu einem nichtkommunistischen Nennwert zu nehmen, wenn sie von KP-Seite gebraucht werden.

Einer weitverbreiteten These zufolge bilden die «werkstätigen Massen der Bevölkerung» das Volk (Grosse Sowjetenzyklopädie, 2. Ausg., Bd. 29, S. 131). Schon abgesehen davon, dass auch die Zugehörigkeit zu den werktätigen Massen der Interpretation bedarf, ersieht man schon aus dieser lexikographischen Gebrauchshilfe, dass das Volk nicht als Gesamtheit verstanden wird, sondern als Auswahl.

Tatsächlich legt die sowjetische Theorie Wert auf die Feststellung, dass nicht alle Staatsbürger zum Volk gehören, dass Volk und Bevölkerung keine identischen Begriffe sind.

Der Begriff «Volk» hat überhaupt keinen unveränderlichen Inhalt, und Kommunisten brauchen dementsprechend die zugehörigen Schichten auch keineswegs endgültig zu definieren. Für das kapitalistische Ausland insbesondere tendiert man zu der Lösung, dass das Volk die «fortschrittlichen Elemente» (und wer — ausser der KP — kann diese verbindlich bestimmen?) umfasse.

Im übrigen bleibt der Masstab ohnehin vorbehalten: «Die objektiven Forderungen der progressiven Entwicklung — das sind die Kriterien, nach denen man feststellen kann, welche Klassen und Bevölkerungsgruppen das Volk bilden.» («Polititscheskoje samoobrasowanie», Nr. 7/1964)

Es bleibt ausdrücklich zu betonen, dass das so verstandene Volk keineswegs an einen Mehrheitsbegriff gebunden ist. Die jüngste Illustration dafür bietet Portugal, wo die KP und ihr Chef Cunhal grössten Wert darauf legen, die Ansprüche der nachgewiesenen Majorität zurückzuziehen zugunsten eines Totalanspruches des «Volkes». Hier also gehören gut 80 Prozent der Wahlberechtigten nicht zum Volk, und die Demokratie als Volksherrschaft würde nichts anderes bedeuten als die Herrschaft eines minderheitlichen Volkes über ein mehrheitliches Nichtvolk.

In gefestigten sozialistischen Verhältnissen darf dann ohne weiteres die Mehrheit der Bevölkerung zum Volke gezählt werden. Das hängt mit der Art zusammen, wie die Volksrechte realisiert werden.

Souveränität

Will man im internationalen Umgang den Fallen der unterschiedlichen Sprachregelung entgehen, so ist der kommunistischen Sinngebung des Wortes «Souveränität» ein besonderes Augenmerk zu schenken, gerade weil es vermeintlich so allgemein anerkannt ist.

Politische Unabhängigkeit hat mit Souveränität nichts zu tun

Nach marxistisch-leninistischer Auffassung handelt es sich bei der Souveränität nicht um einen juristischen, sondern um einen politischen Begriff, aus dem sich keine formellen Ansprüche ableiten lassen. («Sowjetskoje gossudarstwo i pravo», Nr. 6/1972)

Die gleiche sowjetische Rechtszeitschrift polemisiert übrigens gegen die Auffassung, dass die politische Unabhängigkeit Voraussetzung zur staatlichen Souveränität sei. (Ebenda)

Das ist an sich nichts weiter als eine Anwendung der Regel, wonach der Inhalt der Begriffe immer von den gegebenen Klassenverhältnissen abhängig ist. So weisen bürgerliche Staaten auch bei «formeller» politischer Unabhängigkeit nur eine Scheinsouveränität auf. Dafür bringen sozialistische Staaten ihre Souveränität gerade in der gegenseitigen Abhängigkeit zum Ausdruck, das heisst vorläufig noch gerade durch ihren Anschluss an jenes Land (die UdSSR), dessen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus «universale Geltung» haben.

Sollte nun ein Land im Begriff sein, sich vom

Sozialismus abzuwenden, so beweist es eben damit, dass es seine richtig verstandene Souveränität verloren hat, und ein Eingriff von aussen kann deshalb gar keine Souveränitätsverletzung bedeuten.

Souveränität gibt es nur im Sozialismus; also ist ein nichtsozialistischer Souveränitätsanspruch von vornherein ungültig

Ein Recht auf Souveränität besteht nicht an sich, sondern nur nach Massgabe der politischen Zweckmässigkeit, der es untergeordnet ist. («Woprosy istorii KPSS», Nr. 9/1965)

Nach ihrer Invasion der Tschechoslowakei veranlassten die Sowjets, dass Gustav Husak auf der kommunistischen Weltkonferenz von 1969 in Moskau gegen die «Interpretation» protestierte, wonach Souveränität auch gegenüber der UdSSR in Anspruch genommen werden könne:

«Unsere eigenen Erfahrungen zeigen, dass eine Lösung der Souveränität, die ihres Klasseninhalts beraubt ist, eine raffinierte und sehr wirksame Waffe der rechtsopportunistischen, revisionistischen und antisozialistischen Kräfte darstellte.» («Informations-Bulletin», Prag, Nr. 11 bis 15/1969)

Die Sowjetunion beansprucht für sich, dass ihre Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus universalen Charakter haben. Daraus leitet sie nicht nur das Recht, sondern im Sinne des «sozialistischen Internationalismus» auch die Pflicht ab, ein Land, das auf ihre Errungenschaften verzichtet will, auf den richtigen Weg zurückzuführen. Eine Definition des «sozialistischen Internationalismus», die das Interventionsrecht mit ein-

schliesst, ist 1971 sogar in die bulgarische Staatsverfassung aufgenommen worden. So ist die «sozialistische Souveränität» in der Tat mit dem bourgeoisen Souveränitätsbegriff nicht zu verwechseln.

Natürlich ist dieser sowjetische Anspruch auf die osteuropäische Souveränität nicht schlechthin kommunistisch, sondern «nur» eine machtmässige konkrete Anwendung der kommunistischen Begriffsrelativierung nach Klassenkampfkriterien. Massgeblich wird auch hier die Interpreta-

Neu im Verlag SOI Bern

Mario Puelma

Chile 1970-1973

Die Zerschlagung einer Demokratie

Zweite, stark erweiterte Auflage
 TM 28, 1975, 248 S., ill., br., 24.-
 ISBN 3-85913-075-7

Diese Dokumentation, deren erste Auflage überraschend schnell vergriffen war, will keine fertigen Lösungen bieten oder Lehren verbreiten, sondern Erkenntnis vermitteln und zur kritischen und selbständigen Wahrheitssuche abseits der ideologisch vorgeprägten Meinung anregen. Dazu bietet sie in aller Sachlichkeit und mit zahlreichen Dokumenten belegt die Mittel und Wege. Das Buch erhält eine neue und nicht weniger bedeutsame Aktualität: Die Erfahrungen aus dem Scheitern Allendes sollen der kommunistischen Partei Portugals helfen, den Kampf um die Macht erfolgreich zu gestalten. Ein Verdienst dieses Werkes ist die sehr umfangreiche Bibliographie von chilenischen Originaldokumenten und von Sekundärliteratur aller Richtungen aus mehreren Ländern zu Aufstieg und Fall Allendes und seines marxistischen Regimes.

Verlag SOI
 Schweizerisches Ost-Institut
 CH-3000 Bern 6

Recht und Gesetz

Das Recht wie das Gesetz bedeutet den Willen der herrschenden Klasse, dessen Inhalt durch die materiellen Interessen eben dieser Klasse bestimmt wird (Grosse Sowjetenzyklopädie, Bd. 34, S. 349), während das Recht in einem sozialistischen Staat des gesamten Volkes (Sowjetunion) «der Wille des ganzen Sowjetvolkes» ist. («Sowjetskoje gossudarstwo i pravo», Nr. 11/1962)

Weil aber der Volkswille eine Resultante der richtig verstandenen Volksinteressen darstellt, kann er nicht von den übersichtslosen individuellen Bestandteilen der Bevölkerung ausgedrückt werden, nicht einmal in Summierung. Weil er objektiver Natur ist, lässt er sich gar nicht plebiszitär erfassen, sondern nur elitär durch die Instanz, die zur objektiven Erkennung seiner Interessen befähigt ist.

Mit andern Worten: Damit das Volk wissen kann, was es will (was seinem gesamten Interesse dient, und nicht den je eigenen Interessen), muss man es ihm verbindlich sagen. Wer ist «man»? Die folgende Stelle mit ihrer unendlichen Annäherung sagt es:

«Nur die aktivsten, erfahrensten und bewussten Individuen erkennen die objektiv bedingten Interessen und Bedürfnisse des ganzen Volkes richtig und bilden den Willen des gesamten Volkes.» (A.S. Pigolkina: «Die Auslegung der Normativakte in der UdSSR», russisch, Moskau 1962, S. 12)

Das Recht ist also im «Sozialismus» der Parteiwille: «Das Recht wird ... als Mittel zur Ver-

wirklichung der Parteidirektiven formuliert, entwickelt und angewandt. (...) Die Formung des Staatswillens des gesamten Volkes, der das Wesen des Sowjetrechts in der Periode des kommunistischen Aufbaus darstellt, erfolgt unter der Führung der Kommunistischen Partei.» (W.M. Semanow: «Die Prinzipien des sowjetischen sozialistischen Rechts des gesamten Volkes». «Iswestija wysschich utschebnych sawedenij. Prawo wedenie», Nr. 1/1964)

Die Grundlage des Rechts bildet also die Parteidirektive. Sie ist die wichtigste Rechtsquelle, die den Volkswillen ausdrückt.

Das «qualitativ neue Recht», für welches die Kommunisten in der ganzen Welt kämpfen, ist demnach der Parteiwille. Und zwar — infolge der Führungsrolle der KPdSU in der internationalen kommunistischen Bewegung — im entsprechenden Einflussbereich nicht einmal der Wille der eigenen Partei, sondern jener Moskaus.

Die kommunistische Bewegung kämpft für einen Staat, der das «Gewaltorgan der herrschenden Klasse» sein soll, zunächst ein Instrument zur Verwirklichung des Willens des Proletariates. Da aber der «Vortrupp des Proletariates» die KP ist, wird der Staat zum Gewaltorgan der KP. Nicht nur über die ehemaligen Klassenfeinde, sondern auch über alle oppositionsfähigen und -bereiten Elemente des Proletariates. Der propagierte Staat der Diktatur des Proletariates wird auf diese Weise zum Staat der Diktatur über das Proletariat.

tion desjenigen, der die Macht hat, sie durchzusetzen, und nichts hindert ihn, seine schieren Machtinteressen ideologisch richtig zu begründen. Kommunistisch ist nicht das Alibi dieses oder jenes Machtzentrums, sehr wohl aber die beliebige Alibimöglichkeit für beliebige Machtzentren.

Aufschlussreiche Polemik unter Kommunisten: Die jeweilige Souveränitätsverletzung wird angeprangert, aber die Begriffsrelativierung bleibt

Ausserhalb des sowjetischen Gravitationsfeldes ist die sowjetische Okkupation der CSSR durchaus von kommunistischer Seite angefochten wor-

den. Als instruktives Beispiel lässt sich der Beschluss des jugoslawischen Zentralkomitees vom 23. August 1968 zitieren, den übrigens Belgrad seither diskret vergessen hat — wiederum eine bloße Frage der Machtverhältnisse:

«Die Intervention gegen die CSSR darf unter keinen Umständen als Verteidigung des Sozialismus ausgegeben werden. Auch richtete sie sich gegen keinerlei Konterrevolution, sondern hat in Wirklichkeit gerade der Arbeiterklasse und der KPTsch einen Schlag versetzt. (...) Es gibt keine strategischen Interessen des Kampfes gegen den Imperialismus, der diese Intervention rechtfertigen würde.» (Kapitel I)

«Die Besetzung der CSSR stellt keinen zufälligen Fehler dar, sondern ist Folge der hartnäckigen Entschlossenheit, die Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Sozialismus (...) durch verstärkte Gewaltanwendung zu lösen, um die Existenz überholter Verhältnisse und Institutionen zu verlängern.» (Kapitel II)

Bei dieser Stelle ist zu beachten, dass die Verurteilung der sowjetischen Intervention keineswegs deshalb erfolgt, weil die tschechoslowakische Souveränität mit Füßen getreten worden ist, sondern lediglich deshalb, weil die Begründung dafür falsch ist. Der Tschechoslowakei wird bescheinigt, dass sie weder den Sozialismus verraten noch sonst etwas begangen habe, was — das ist doch die Unterstellung! — eine Intervention gerechtfertigt hätte. Eine Verteidigung der Souveränität als solcher hätte ganz anders auszufallen: «Ob nun die Tschechoslowakei den Sozialismus verraten hat oder nicht, lasst eure Panzer davon! Sie ist ein souveräner Staat und kann machen, was sie will.» Aber ein solches Einstehen für Souveränitätsrechte ohne Vorbedingungen liegt eben für Kommunisten nicht drin.

Auch China geht nur scheinbar von der Relativierung des Souveränitätsbegriffes ab, wenn es die Okkupation der CSSR als faschistischen und imperialistischen Angriff auf ein souveränes Land anprangert. Das ist zwar schonungslos, aber trotzdem nicht eindeutig. Man wird dessen gut gewahr, wenn man sich erinnert, dass für Peking die Kolonialisierung Osteuropas durch die Sowjets erst seit den Zeiten Chruschtschows und vor allem Breschnews gegeben ist; für die totale Satellisierung Osteuropas zuvor gibt es keine Souveränitätsverletzung zu vermerken. Zwar nimmt heute die Guttheissung Stalins durch die Chinesen ab (umgekehrt proportional zu seiner zunehmenden Guttheissung durch die Sowjets), aber das bedeutet höchstens eine neue Anwendung der dialektischen Begriffsauffassung. Also auch in diesem Fall: Die Souveränität ist nichts; die Interpretation ist alles.

Die «Breschnew-Doktrin» ist nur die zeitgemässe Anwendung der alten Klassenkriterien

Die sogenannte Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität hat einiges zu reden gegeben. Aber sie ist nichts weiter als die heute machtmässig relevante Ausprägung des ideologischen Anspruchs, nach Klassenkriterien über die wahre oder falsche Souveränität befinden zu können. Und dieser Anspruch kann gar nicht anders, als Doktrinen dieser Art zu gebären — unter welchem Namen auch immer. Die Arroganz der Macht hat ihre Wurzel in der Anmasung des Denkens.

T M

Tatsachen und Meinungen

Die aktuelle Taschenbuchreihe für Zeitgeschichte und Politik aus dem Verlag SOI Schweizerisches Ost-Institut

- | | |
|---|--|
| 1 Friedrich Salzmann
Die Verantwortung des Schriftstellers in seiner und in dieser Welt
1968, 16 Seiten, broschiert, 2.40 | 19 László Révész
Export der Revolution
1971, 144 Seiten, broschiert, 9.80 |
| 3 Daniel Ivin
Revolution und Evolution in Jugoslawien
1968, 80 Seiten, broschiert, 5.80 | 20 Ervin György
Ich kämpfte für den Frieden
Erinnerungen eines Funktionärs aus dem Ostblock
1972, 100 Seiten, broschiert, 7.80 |
| 4 László Révész
Die Frau im Sowjetreich
1969, 87 Seiten, broschiert, 5.80 | 21 A. Scheltow / M. Korobejnikow
Soldat und Krieg
1972, 108 Seiten, broschiert, 14.80 |
| 9 Erwin Heimann
Ein Volk sucht seinen Weg
Erfahrungen in Rumänien
1969, 47 Seiten, broschiert, 3.60 | 22 László Révész
Organisierte Jugend
Die Jugendbewegung in der Sowjetunion
1972, 136 Seiten, broschiert, 15.20 |
| 11 Koexistenz 1970
Spannung und Entspannung zwischen Ost und West
1970, 134 Seiten, broschiert, 8.50 | 23 László Révész
Der Bauer in der Sowjetunion
1972, 128 Seiten, broschiert, 13.80 |
| 13 Elisabeth Schürer
Die Intelligenz im Sowjetreich
1970, 131 Seiten, broschiert, 7.80 | 24 Karl Klausen
... und hofften auf die heile Welt
Bekenntnisse eines Emigranten
1973, 164 Seiten, broschiert, 17.20 |
| 14 László Révész
Die Liquidation der Sozialdemokratie in Osteuropa
1971, 116 Seiten, broschiert, 7.90 | 25 Jeanne Hersch
Problèmes actuels de la liberté / Aktuelle Probleme der Freiheit / Contemporary Problems of Freedom / Problemas actuales de la libertad
Ein Vortrag
viersprachig in einem Band
1973, 80 Seiten, broschiert, 8.80 |
| 15 Salvador de Madariaga
Ueber die Freiheit
1970, 28 Seiten, broschiert, 3.60
Auch in französischer, englischer und spanischer Fassung erhältlich | 29 Robert Müller-Sternberg
Machtmonopol und Gewissensfreiheit
Der Kommunismus und seine russischen Kritiker
1974, 100 Seiten, broschiert, 10.50 |
| 16 Georg Bruderer
Sowjetische Stimmen zum Russland von morgen
1971, 64 Seiten, broschiert, 5.80 | |

Vom angeblichen Produkt des Klassenstaates
zum Instrument der «klassenlosen Gesellschaft»

Krieg heisst: Wessen Krieg ?

Die Theorie

Die kommunistische Propagandamaschinerie will die Verantwortung für die Kriege allein und ausschliesslich dem sogenannten Kapitalismus/Imperialismus in die Schuhe schieben. Die sozialistischen Staaten müssten nur deshalb rüsten, weil der Krieg vom Wesen des Imperialismus untrennbar sei. Die Rechtfertigung für die enormen Ausgaben für die Militarisierung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in Osteuropa lautet folgendermassen:

«Die KP misst unter den gegenwärtigen Bedingungen, da die aggressivsten Kreise des Imperialismus Kriegspläne gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder erarbeiten, der Festigung der sowjetischen Streitkräfte, der militärpatriotischen Erziehung des Sowjetvolkes und besonders der Jugend grosse Bedeutung bei.» («Partijnaja schisn Kasachstana», Nr. 7/1971)

Laut Marxismus-Leninismus sind Armee, Krieg, Militarismus oder Aggression immer Klassenbegriffe und hängen mit dem nationalen und internationalen Klassenkampf zusammen. Militarismus und Aggression sind danach Begleiterscheinungen der antagonistischen Klassengesellschaft. Ein sozialistischer Staat hingegen ist immer für Frieden, gegen Militarismus, Aggression und Krieg — mit Ausnahme des gerechten Krieges sowie besonders des «gerechtesten und heiligsten» aller Kriege, des Bürgerkrieges, wenn dieser eine Revolution ist. («Magyar jog», Budapest, Nr. 9/1962)

«In der sozialistischen Gesellschaft gibt es keine Klassen, keine sozialen Kräfte, die an Vorbereitung und Führung von Kriegen interessiert sind.» («Polititscheskoje samoobrasowanie», Nr. 9/1972)

«Die Ursachen des Krieges wurzeln im sozioökonomischen System der antagonistischen (Klassen-) Gesellschaft, in den Interessen der Ausbeuterklassen.» (M. P. Skirdo: «Volk, Armee, Feldherr», russisch, Moskau 1970, S. 8)

Voraussetzung zur Befreiung der Menschheit von der ständigen Kriegsgefahr ist also die Liquidierung des Kapitalismus/Imperialismus: «Erst nach der Vernichtung des Kapitalismus

und nach dem Sieg des sozialistischen Systems in der ganzen Welt hört der Krieg auf, eine Gefahr zu sein, da seine wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen dann verschwunden sind.» (Grosse Sowjetenzyklopädie, 2. Ausg., Bd. 8, S. 570 ff.)

Die Kapitalisten/Imperialisten erachten den Krieg als die «einzige Chance zum Ueberleben und können daher niemals auf ihre Kriegspläne verzichten. (...) Die führenden Persönlichkeiten des politischen und militärischen Lebens der imperialistischen Staaten verheimlichen nicht, dass sie durch den von ihnen vorbereiteten Krieg (...) das sozialistische Weltsystem liquidieren wollen», behauptet der oben zitierte sowjetische Autor. (Skirdo, a. a. O., S. 12—13)

Selbst die marxistisch-leninistische Theorie des Staates schreibt den Krieg der antagonistischen Klassengesellschaft zu. Danach hat nämlich jeder Staat innere und äussere Funktionen. Die innere Hauptfunktion des bürgerlichen Staates ist die Unterdrückung der werktätigen Klassen und Schichten, jene des sozialistischen Staates in der ersten Phase seiner Entwicklung (des Staates der Diktatur des Proletariates) die Unterdrückung und Liquidierung der ehemaligen Ausbeuterklassen. In der zweiten Entwicklungsphase tritt hingegen der Staat als Klassenkoordinator auf. Die wichtigste Funktion des kapitalistischen Staates ist die Aggression, die Expansion. Daraus ergibt sich die Verteidigungsfunktion des sozialistischen Staates. Seitdem der Sozialismus zu einem Weltsystem geworden ist, bedeutet die Verteidigungsfunktion eines jeden sozialistischen Staates die Verteidigung des gesamten sozialistischen Lagers vor den Machenschaften des Kapitalismus/Imperialismus.

Das Militärlexikon (Ostberlin, o. J., S. 194) erklärt: «Der Krieg ist eine historische Erscheinung. Er kam auf mit der Entstehung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Spaltung der Gesellschaft in antagonistische Klassen und der Entstehung des Ausbeuterstaates, wie er auch mit diesen Gegebenheiten vergehen wird. Die Hauptquelle des Krieges und der Kriegsgefahr in der Gegenwart ist der Imperialismus.»

In der urkommunistischen Gesellschaftsordnung gab es nach dieser Deutung keinen Krieg, und

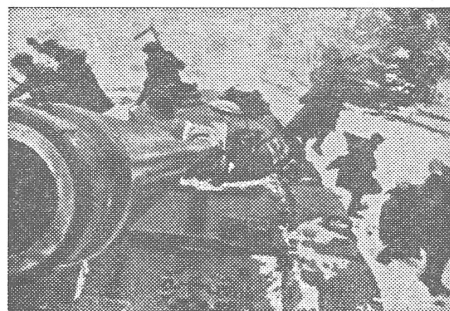
auch die künftige kommunistische selbstverwaltende Weltgesellschaft wird keine Kriege kennen, da die Ursachen des Krieges liquidiert sein werden.

Die Grosse Sowjetenzyklopädie (2. Ausg., Bd. 8, S. 571—575) schreibt:

«Der Krieg ist eine soziale Erscheinung, die mit der antagonistischen Klassengesellschaft verbunden ist. Der Krieg ist ein organisierter, bewaffneter Kampf zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Klassen oder Staaten um bestimmte wirtschaftliche und politische Ziele. In seinem Wesen ist er die Fortsetzung der Politik dieser oder jener Klasse mit anderen, nämlich gewaltsamen Mitteln (...). Die herrschenden Klassen und ihre Regierungen (d. h. jene in den Staaten mit antagonistischer Gesellschaftsordnung; Anm.) verwirklichen ihre Politik durch wirtschaftliche, ideologische, diplomatische und andere Mittel. Wenn diese Mittel (...) nicht ausreichen, so greift die herrschende Klasse zur bewaffneten Gewalt, zum Krieg. (...)

Der Marxismus-Leninismus entdeckte zum ersten Male in der Geschichte der Sozialwissenschaften das Klassenwesen der Politik und des Krieges, ihre gegenseitige Abhängigkeit. Er bewies, dass die Grundlage jeder Politik und jedes Krieges im Charakter des wirtschaftlichen Systems, im System der wirtschaftlichen und Produktionsverhältnisse, im sozialen und staatlichen System des betreffenden Landes liegt. (...) Der Marxismus-Leninismus lehrt, dass es keinen Krieg gibt, der keine politischen und klassegebundenen Ziele hat, wie es auch keine über den Klassen stehende Politik geben kann. (...)

Die Rettung vor dem Krieg liegt laut dieser Darstellung im sowjetischen System. Parallel mit seiner Stärkung und der Verbreitung der Friedensbewegung in der Welt gehe die Gefahr des Krieges zurück. Die Imperialisten müssten jetzt gut überlegen, ob sie einen Krieg riskieren wollten, da er für sie eventuell der letzte sein werde. Infolge der zunehmenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht der sozialistischen Staatengemeinschaft habe die «fatale Unvermeidbarkeit des Krieges» aufgehört.



Ideologisch und theoretisch «eigentlich» unmöglich sind die kriegerischen Spannungen an der sino-sowjetischen Grenze.
Links: chinesische Wachtposten im Ussuri-Gebiet.
Rechts: Manöver sowjetischer Truppen an der chinesischen Grenze.
(Bilder aus «NIN», Belgrad)

Ein wichtiges Werk zur Zeitgeschichte:

Sven Allard

Stalin und Hitler

Die sowjetrussische Aussenpolitik 1930 bis 1941.

315 Seiten. Leinen Fr./DM 50.—

«Umfangreiche Quellenstudien und ein sicheres Gefühl für das Wesentliche haben ein Werk europäischer Zeitgeschichte entstehen lassen, dessen Lektüre besonders jenen empfohlen sei, die sich mit diplomatischen Praktiken der Sowjetunion auseinandersetzen haben.» *«Neue Zürcher Zeitung»*

Francke Verlag Bern

In jeder Buchhandlung

Die Praxis

Die Behauptung, ein sozialistischer Staat lehne den Krieg als Mittel zur Verwirklichung seiner politischen Ziele grundsätzlich ab, wird durch die Geschichte der Sowjetunion eindeutig widerlegt.

Es ist gerade die Sowjetunion, die ständig in Kriegsbereitschaft lebte und lebt, die Kriegswirtschaft betrieb und betreibt. Es war die Sowjetunion, die — wenn der Gegner ihren Forderungen nicht nachkam — ständig mit Krieg drohte und vor dem Krieg niemals zurückschrak, um ihre hegemoniale Politik zu verwirklichen.

Selbstbestimmung verkündet — Krieg gemacht

Das begann gleich nach der «siegreichen» Oktoberrevolution. Am 14. November 1917 erschien das bis heute immer wieder propagandistisch zitierte Dekret über das Recht auf Selbstbestimmung aller Völker Russlands bis zur Sezession und Bildung eines neuen Staates. Als die einzelnen Völker aber von ihrem Recht Gebrauch machen wollten, wurden sie von der Roten Armee angegriffen.

Dass man dabei der Kriegführung eine ideologische Grundlage geben wollte, um die Verantwortung auf die unterdrückten Völker selbst abzuwälzen, ändert nichts an der Tatsache, dass schon für Lenin der Krieg das einzige Mittel zur Wiederherstellung der territorialen Integrität Russlands war und dass er vor der Auslösung des Krieges keinen Moment zögerte.

Die Einstufung dieser Freiheitskriege der unterdrückten Völker in die Kategorie der Konterrevolution zeigt besonders die Scheinheiligkeit der bolschewistischen Propagandamaschinerie.

Überall wurden in der grössten Eile kommunistische Parteigruppen — meistens in der Illegalität und aus Moskauer oder Petrograder Agenten — errichtet, welche die «Revolution» gegen das legale Regime verkündeten und die Rote Armee um Hilfe gegen die weiterbestehende «Konterrevolution» riefen!

Dies war das Rezept Lenins beim Vorgehen ge-

gen Ukrainer, Weissrussen, Aserbajdschaner, Georgier, Armenier, gegen die verschiedenen zentralasiatischen Turkvölker, gegen die Tataren auf der Krim, im Wolgagebiet usw. Dieselbe Taktik wurde auch gegen die baltischen Völker angewandt, doch musste die Rote Armee Lenins damals auf die dauerhafte Besetzung der baltischen Staaten verzichten.

Lenin schonte nicht einmal die zwei zentralasiatischen Vasallenstaaten des zaristischen Russlands, die zwei kleinen mohammedanischen Länder Chiwa und Buchara. Diese hatten sogar in der Zeit der rücksichtslosen zaristischen Expansion gegen den Osten (in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts) eine Art Eigenstaatlichkeit behalten; unter den Bolschewiken ging es nicht! Auf sowjetischem Boden wurden zwei kleine kommunistische «Parteien» gegründet — hauptsächlich aus Emigranten und Russen —, die für ihre «Revolution» um bolschewistische Hilfe baten und sie erhielten.

Begründung

Als die Sowjetunion, abgestützt auf ihren Pakt mit Hitler, am 17. September 1939 Polen überfiel, setzte sie sich unter anderem über ihren Nichtangriffspakt mit Polen hinweg, der erst im Vorjahr geschlossen worden war.

In seiner Radiorede vom gleichen 17. September hatte Molotow eine schöne Begründung für diesen Vertragsbruch: Infolge des sowjetischen (wie auch des hitlerdeutschen) Einmarsches, so führte er aus, «haben der polnische Staat und die polnische Regierung praktisch zu bestehen aufgehört. Infolgedessen ist der zwischen der UdSSR und Polen unterzeichnete Vertrag nicht mehr gültig.» («Historisch-revolutionärer Kalender», russisch, Moskau, 1940.) Der Zynismus des Fait accompli in Perfektion.

Tatsächlich hat die Sowjetunion praktisch nur ihre Verträge mit Hitler respektiert. An der Territorialordnung, die 1939 durch die beiden sozialfaschistischen Mächte Europas (für beide gilt: «Sozialismus in Worten, Faschismus in Taten») ausgehandelt wurde, hält die UdSSR bis heute fest, so dass ihre Partnerschaft mit dem Nationalsozialismus denn auch bis heute dauert.

Im Bündnis mit Hitler: Friedensverträge nichtig

Der Krieg war von den ersten Jahren der Sowjetmacht an das wichtigste Mittel der Innen- und Aussenpolitik. Und er blieb es weiterhin.

Denken wir an den «Ultimatumkrieg» der Sowjetunion im Juni 1940 und an die anschließende Besetzung und Einverleibung der baltischen Staaten und Bessarabiens: Der Krieg konnte nur vermieden werden, weil diese Staaten — nachdem sie im Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 und im Freundschafts- und Grenzvertrag zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion vom 28. September 1939 als sowjetische Interessensphäre anerkannt worden waren! — auf Widerstand verzichteten.

Denken wir an den Krieg gegen Finnland: Er wurde nur deshalb ausgelöst, weil dieses Land im Oktober/November 1939 den sowjetischen «Vorschlag» zu einem Beistandspakt, verbunden mit sowjetischer Besetzung einiger Gebiete, abgelehnt hatte. Am 30. November fiel eine riesige Armee über Finnland her; am 1. Dezember 1939 wurde in Moskau die Finnische Volksrepublik gebildet und mit diesem Emigrantengremium in Moskau der Beistandspakt unterzeichnet!

Und denken wir vor allem an die vierte Teilung Polens zwischen Hitler und Stalin: Ohne Kriegserklärung überfiel die Sowjetunion Polen am 17. September 1939, als dieses Land sich kaum mehr verteidigen konnte...

Dabei hatte die Sowjetunion mit den baltischen Staaten und Finnland gültige Nichtangriffspakte und Friedensverträge.

Die offiziellen Erklärungen von damals und heute

Die damaligen offiziellen Erklärungen von sowjetischen Staatsmännern und politischen Organen widersprechen eindeutig der heutigen Rechtfertigung dieser systembedingten Kriegspolitik, wonach die Sowjets einer hitlerdeutschen Expansion vorbeugen wollten! Stalins Politik war die Fortsetzung jener von Lenin: die Wiederherstellung des alten zaristischen Russlands. Und erschreckte vor keinem Mittel zurück, um dieses Ziel zu erreichen, vor allem vor keinem Krieg.

Wenn es einen Staat im heutigen Europa gibt, der die Kriege zum Hauptmittel seiner Expansionspolitik machte, so ist es ohne Zweifel die Sowjetunion. Deshalb sind die Friedensbeteuerungen und die Versuche, die heutigen Kriegsvorbereitungen, die Militarisierung von Gesellschaft und Wirtschaft als Massnahmen gegen den Krieg und für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens darzustellen, eine Rechnung mit dem Ruhebedürfnis bürgerlicher Partner.

Die Sowjetunion setzt voraus, dass man die traurige Geschichte der letzten 58 Jahre vergessen hat. Mit ihrer «Kriegstheorie» kann sie aber sehr wohl Menschen irreführen, die entweder die Geschichte nicht kennen oder nicht kennen wollen.

László Révész

Kommentar zum Statut der KPdSU

Als Manuskript gedruckt. Format DIN A 4 mit Schuber. 1973, 890 Seiten, laminiertes Paperback, 98.—. ISBN 3-85913-068-4

Die grundlegende Bedeutung des Statuts ergibt sich daraus, dass die Verfassung der UdSSR der kommunistischen Einheitspartei die Leitung von Staat und Gesellschaft überträgt. Das Statut gibt darüber Auskunft, wie die KP alle Gebiete des staatlichen bzw. gesellschaftlichen Lebens leitet und überwacht. Ohne Kenntnis des Parteistatuts ist das Funktionieren eines kommunistisch regierten Staates nicht verständlich. Wenn das Statut der Schlüssel für das Verständnis der Sowjetunion ist, so stellt Révész' Kommentar wiederum den Schlüssel zum Statut dar.

(Spezialprospekt auf Anfrage.)

Verlag SOI
Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

Der gerechte Krieg

Dass die sowjetisch beanspruchte Friedensliebe nicht mit Pazifismus verwechselt werden darf, macht die durchaus offizielle Guthetung des «gerechten Krieges» deutlich. Ueber die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit des Krieges entscheidet aber die Klassenzugehörigkeit der betreffenden Staaten. Der Unterschied zwischen Angreifern und Angegriffenen zählt dabei nicht, jedenfalls nicht im normalen Sprachgebrauch des Wortes. Klassenfeinde sind ihrem Wesen nach Aggressoren; ein Angriff gegen sie ist also als Widerstand gegen ihre Aggression zu verstehen.

Die offizielle Unterscheidung zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg ist der beste Beweis dafür, dass die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Vasallen den Begriff des Krieges zur Rechtfertigung ihrer Aggressionen immer und unter allen Umständen einsetzen können. Es braucht lediglich eine kleine dialektische Akrobatik, und schon kann jede Kriegshandlung sogar mit der UNO-Charta in Einklang gebracht werden, welche die Kriege verbietet.

Schon Lenin erklärte öfters, es sei falsch, zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen zu unterscheiden, da es in jedem Krieg sowohl Angriffe als auch Verteidigungshandlungen gibt. Dafür unterschied er (wie auch die heutige osteuropäische Theorie und Praxis) je nach der Klassenzugehörigkeit der kriegführenden Staaten zwischen gerechten und ungerechten Kriegen. Der gerechte Krieg kommt einer Verteidigung gleich und widerspricht der UNO-Charta nicht.

Nach der sowjetischen Kriegstheorie kann also der Angreifer den gerechten Krieg führen, und der Angegriffene wird der Führung eines ungerechten Krieges beschuldigt.

Ein typisches Beispiel dafür ist Israel. Ganz egal, ob die Kriegshandlungen von Israel oder von der arabischen Seite ausgelöst werden, gilt der Krieg für Israel immer als ungerecht und für die Araber als gerecht; Israel steht auf der Seite des «Weltimperialismus», die Araber standen hingegen bis zum Tode Nassers mehrheitlich auf sowjetischer Seite. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten und «Freunde» können aber keinen ungerechten Krieg führen, auch dann nicht, wenn sie die Angreifer sind!

Der sogenannte nationale Befreiungskrieg gilt — wenn er nicht von den unterdrückten sowjetischen Minderheiten gegen Moskau geführt wird — unter allen Umständen als gerechter Krieg. Ein namhafter sowjetischer Rechtsgelehrter stellt die Kriegshandlungen der sich verteidigenden

«Angriff, nicht Verteidigung, muss die Losung der Massen sein, rücksichtslose Vernichtung wird ihre Aufgabe sein.» Hitler? Nein, Lenin.

Völker als Sanktionen dar, die wegen der Delikte notwendig geworden seien, die ihr Gegner mit der Verhinderung der Selbstbestimmung begangen habe. Dadurch habe der Gegner die UNO-Charta permanent verletzt. (R. A. Tusmuhamedow: «Nationale Souveränität», russisch, Moskau 1963, S. 188)

Die UNO-Charta gewährt jedem Volk das Recht auf Selbstbestimmung. Die neue sowjetische Theorie legt das ausschliesslich klassenbezogen

aus: Die Imperialisten «zwingen» die Kolonialvölker zum Befreiungskrieg als dem einzig möglichen Akt der Selbstbestimmung; Aggressor — d. h. der «gesetzmässigen Entwicklung» hinderlich — ist deshalb der Angreiffene. Wer einen gerechten Krieg führt, kann niemals als Aggressor erkannt werden, wenn er auch die Initiative ergreifen muss, d. h. in «formaljuristischer» Sprache Aggressor ist. Sogar «das gemeinsame Auftreten aller friedliebenden Staaten gegen die Kolonialherren stimmt mit den Bestimmungen von Artikel 51 der UNO-Charta über die kollektive Selbstverteidigung völlig überein; Artikel 4 Absatz 2 der UNO-Charta über das Verbot eines Angriffs bezieht sich nicht auf die Befreiungskriege». («Sowjetskoje gossudarstwo i pravo», Nr. 3/1963)

Gerechte Kriege können allerdings nur gegen Imperialisten geführt werden; ein Krieg gegen einen sozialistischen Staat ist immer ungerecht, da der sozialistische Staat die Klasseninteressen der Werktätigen vertritt und alle seine Kriege auf der richtigen Klassenbasis führt.

Die Sowjetunion führte angeblich immer nur gerechte Kriege (auch den Ueberfall auf Polen, Finnland usw.), ausgehend von der Leninschen These:

«Angriff, nicht Verteidigung muss die Losung der Massen sein, rücksichtslose Vernichtung des Feindes wird ihre Aufgabe sein.» (Sämtliche Werke, Wien-Berlin-Zürich-Moskau, Bd. 10, S. 75)

Ungleich der alten (christlichen) Lehre über bellum iustum et iniustum behauptet die kommunistische Lehre nicht, dass die Gerechtigkeit eines Krieges von der Gerechtigkeit der Sache abhängt, sondern mehr davon, wer gegen wen kämpft.

Lenin schrieb in seiner Abhandlung «Das Militärprogramm der Proletarischen Revolution» (Ausgewählte Werke, Moskau 1946/47, Bd. I, S. 876—878) u. a. die bis heute für alle Kommunisten gültigen Zeilen:

«Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein... Erstens waren die Sozialisten niemals Gegner revolutionärer Kriege und können es nie sein (...). Zweitens sind Bürgerkriege auch Kriege. (...) Drittens schliesst der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt aus. Im Gegenteil, er setzt solche voraus. Die Entwicklung des Kapitalismus geht höchst ungleichmässig in verschiedenen Ländern vor sich. (...) Daraus die unvermeidliche Schlussfolgerung: der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen. Er wird zuerst in einem Land oder einigen Ländern siegen; andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben. Das muss nicht nur Reibungen, sondern auch direktes Streben der Bourgeoisie anderer Länder erzeugen, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschmettern. In solchen Fällen wäre

ein Krieg unsererseits legitim und gerecht.»

Die kommunistische Kriegstheorie rechtfertigt den Präventivkrieg gegen jeden imperialistisch/kapitalistischen Staat, wenn dieser einen Krieg gegen einen sozialistischen Staat vorbereitet. Dieser Gedanke tauchte schon während des Bürgerkrieges auf: Falls gewisse zentralasiatische Gebiete für Sowjetrussland verloren gegangen wären, wären sie in die englische Interessensphäre geraten. Den Krieg gegen Polen und Finnland 1939 stellt man ebenfalls als eine spezielle Art Präventivkrieg dar.

Sogar die vom Zarismus geführten Kriege zwecks Eroberung türkischer und persischer Hoheitsgebiete (besonders in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, gegen die Türkei aber seit 1697) werden gerechtfertigt; bei den Feldzügen gegen Zentralasien in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts handelte es sich nach der heutigen sowjetischen Fachliteratur ebenfalls um eine Art gerechter Kriege, da sonst diese Gebiete in die englische Einflussphäre geraten wären! Andererseits nennt man diese Eroberungen «objektiv fortschrittlich», da Russland durch die Eroberungskriege Zivilisation und Kultur gebracht habe!

Ein reiches Arsenal für die Rechtfertigung jeglicher Angriffskriege unter Berufung auf den gerechten Charakter oder auf die positiven, fortschrittlichen Folgen der Kriege!

Immerhin: Auch die zaristischen Eroberungskriege waren halbwegs gerecht. Oder hätte man etwa den Engländern Einflusszonen zugestehen müssen?

Zur Lehre der gerechten und ungerechten Kriege erklärt die Grosse Sowjetenzyklopädie (2. Ausg., Bd. 8, S. 571 ff.) folgendes:

«Die Lehre vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln bildet die Grundlage der Leninschen-Stalinschen Theorie über die gerechten und ungerechten Kriege. Die Theorie über die gerechten und ungerechten Kriege deckt genau den politischen Charakter des Krieges sowohl in der Gegenwart als auch in der Vergangenheit.»

Diese wissenschaftliche Klassifikation des Krieges wurde seinerzeit von Stalin gegeben, gilt aber bis heute.

Das schon zitierte Militärlexikon schreibt (S. 195 bis 196) folgendes:

«Will man den Klassencharakter eines Krieges, seine Bedeutung für den sozialhistorischen Fortschritt, wissenschaftlich beurteilen, so muss man vor allem feststellen, unter welchen konkret-historischen Bedingungen er entstanden ist, die Politik welcher Klassen oder Staaten zu ihm geführt hat, was für Klassen oder Staaten an ihm beteiligt sind und welche Ziele sie in ihm verfolgen.»

Seitdem die Arbeiterklasse als selbständige politische und sozialhistorische Kraft existiert, muss insbesondere danach gefragt werden, wie sich ein Krieg zur historischen Mission und zu den Interessen der revolutionären Arbeiterbewegung verhält, deren Kampf um den Sozialismus zugleich

auch den Kampf um Demokratie und Frieden in sich einschliesst; denn hierin besteht das entscheidende Kriterium, anhand dessen ein Krieg *als gerechter oder ungerechter Krieg* zu bewerten ist. Abgeleitet hiervon sind Kriege, die vor der Entstehung und Existenz der Arbeiterklasse geführt wurden, vor allem danach als gerecht oder ungerecht zu beurteilen, wie sie sich zum Kampf der Klassen und Völker gegen Ausbeutung und Unterdrückung verhielten.

**Unser Krieg ist immer gerecht,
und der gerechte Krieg ist immer
gegen die Aggression.**

Gerechte Kriege sind solche, die ihrem objektiven politischen Inhalt nach mit den Interessen der revolutionären Arbeiterklasse übereinstimmen. In dieser Epoche sind das vor allem Kriege zur Verteidigung des Sozialismus, revolutionäre Bürgerkriege, nationale Befreiungskriege der Völker kolonialer und abhängiger Länder, Kriege zur Verteidigung der Unabhängigkeit junger Nationalstaaten und Befreiungskriege der Völker kapitalistischer Länder, die das Opfer einer imperialistischen Aggression wurden. Kriege, die zur Befreiung unterdrückter Klassen oder die im Verlaufe demokratischer nationaler Befreiungskämpfe zur Beseitigung reaktionärer gesellschaftlicher Verhältnisse oder die zur Verteidigung des Sozialismus geführt werden, sind zugleich *revolutionäre Kriege*.

Ungerechte Kriege sind solche, die ihrem objektiven politischen Inhalt nach den Interessen der revolutionären Arbeiterklasse widersprechen. In

unserer Epoche sind das vor allem Kriege imperialistischer Staaten gegen sozialistische Länder, Bürgerkriege der Bourgeoisie gegen die sozialistische Bewegung des Proletariats und seiner Verbündeten, Bürgerkriege der Bourgeoisie und anderer reaktionärer Kräfte gegen die revolutionär-demokratische Bewegung der Volksmassen, Kolonialkriege des Imperialismus, Kriege des Imperialismus gegen junge Nationalstaaten, Raubkriege imperialistischer Staaten gegen schwächere kapitalistische Länder und Eroberungskriege zwischen imperialistischen Staaten.»

Die Verteidigung gegen eine «Revolution», die z. B. von den Kommunisten ausgelöst wird, gilt also immer als ungerechter Krieg (Konterrevolution), während die «Arbeiterklasse» nur einen gerechten Krieg (Revolution) führen kann.

**Lenin: «Die Sozialisten können
nicht gegen den Krieg sein, ohne
aufzuhören, Sozialisten zu sein.»**

Es ist aber äusserst wichtig, auf den Begriff der Arbeiterklasse näher einzugehen. Die Arbeiterklasse bildet laut Marxismus-Leninismus eine internationale Einheit — weil ja auch das Kapital international ist — und wird überall von der kommunistischen Partei als Avantgarde geführt. Es ist dieser Vortrupp, die kommunistische Partei, welche die Kämpfe des Proletariats von internationalen Gesichtspunkten ausgehend und in Übereinstimmung mit der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung allein und ausschliesslich zu leiten hat. Infolge des internationalen Charakters von Arbeiterklasse und kom-

munistischer Bewegung sind also alle Kommunisten am revolutionären Bürgerkrieg interessiert und an der Niederschlagung einer «Gegenrevolution» von Aufständischen. Sie haben die internationalistische Pflicht, Hilfe zu leisten!

Die Führungsrolle der KPdSU in der kommunistischen Weltbewegung wurde zuerst in der Komintern (1919—1943) institutionell und im Kominform (1947—1956) de facto garantiert. Seit 1956 ist sie durch die Beschlüsse der kommunistischen Weltkonferenzen (1957 und 1960) gewährleistet. Die letzte Weltkonferenz im Juni 1969 in Moskau nahm zu dieser Frage nicht direkt Stellung. Es ist also anzunehmen, dass die Beschlüsse der ersten zwei Konferenzen ihre Rechtskraft bis heute beibehalten haben. Aufgrund dieser Führungsrolle ist es also das Moskauer Zentrum, das die Aufgaben bzw. die Haltung der Bewegung zu den einzelnen «revolutionären Bürgerkriegen» bzw. «konterrevolutionären ungerechten Kriegen» bestimmen. Sie ist theoretisch an die von den Weltkonferenzen bestimmte «Generallinie» gebunden, doch die dialektische Interpretationsmöglichkeit war und blieb immer die Stärke des Weltzentrums!

*

Hitler hatte seinerzeit vor dem Reichstag gesagt: «Wenn die Juden einen Weltkrieg auslösen, so werden sie darin umkommen.» So unglaublich dieser mörderische Zynismus anmutet, in der Anlage entspricht er doch dem aufgezeigten Konzept des gerechten Krieges. Den Krieg löst angeblich das Opfer aus, jener Feind, den man bereits als liquidierungswürdig gebrandmarkt hat und liquidieren will. Setzt man den schuldigen Klassenfeind an die Stelle des schuldigen Juden, wird die Parallele flagrant.

Was ist demokratischer Sozialismus?

Das Buch ist da, das diese Frage beantwortet ...

**Lothar Bossle
Allende
und der europäische Sozialismus**

Dies ist die erste wissenschaftliche Analyse der sozialistischen Transformationstrategie unter dem Etikett »demokratischer Sozialismus«.

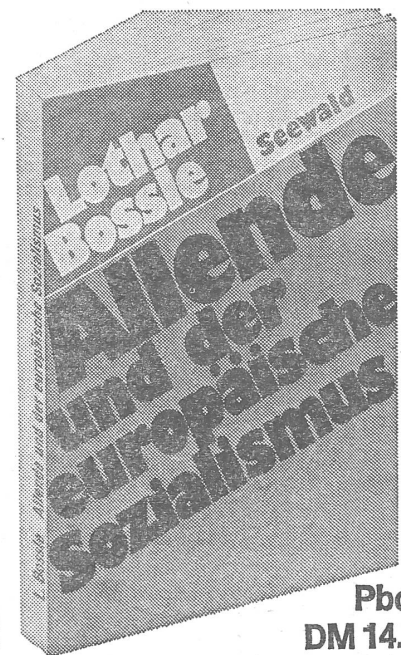
Es deckt die Methoden sozialistischer Machtpolitik auf.

Es gibt Auskunft über das Experiment Allendes, über Theorie und Praxis sozialistischer Umsturztechniken.

Es beweist: Allende war kein südamerikanischer, sondern ein sozialistisch-europäischer Modellfall. Wird Portugal der nächste sein?

Soeben erschienen!

Seewald
Seewald Verlag • D 7000 Stuttgart 70 • Postfach 6



Pbck.
DM 14.80

Friede dem Friedenskampf

Um kundzutun, dass der Friede mehr sein muss als ein blosser militärischer Nichtkrieg, fordert Solschenizyn die Ersetzung des Gegensatzpaares «Krieg — Friede» durch die Gegenüberstellung «Gewaltanwendung — Friede». In kommunistischer Sicht ist aber die Gewaltanwendung für die gute Sache ein richtig verstandener Dienst am Frieden. Denn der ewige und universale Friede kann erst gewährleistet werden, wenn die schon durch ihre blosse Existenz kriegserzeugende feindliche Ordnung liquidiert ist. Und zwar — soweit sie nicht kapituliert — mit Gewalt. Diese kann sogar kriegführende Gewalt sein, die ein Friedensfaktor bleibt, wenn sie als Bestandteil des «internationalen Klassenkampfes» im faktischen oder deklarierten Bündnis mit dem sozialistischen Friedenslager erfolgt. So ergibt es sich, dass Krieg und Friede tatsächlich dialektisch austauschbare Begriffe sind. Den Unterschied macht nicht die Gewaltanwendung, sondern ihre Richtigkeit.

«Der internationale Friede. Beziehungen zwischen Völkern und Staaten, die sich auf eine Aussenpolitik nichtgewaltsamer Mittel unter Einhaltung der angenommenen (meist in Verträgen verankerten) Verpflichtungen stützen (...). In den antagonistischen Klassengesellschaften wird der Friede durch Kriege unterbrochen und festigt ihre Resultate. Der Charakter des Friedens wie auch jener des Krieges wird durch die historische Stufe der Entwicklung der Gesellschaft, durch die Politik der herrschenden Klassen bestimmt. Die neue Etappe der historischen Entwicklung fängt mit der Entstehung des Sozialismus an,

dessen Natur in der Bestrebung zum Frieden unter den Völkern besteht. Der ewige Friede unter den Völkern, der alle Kriege und Kriegsvorbereitungen ausschliesst, ist das internationale Prinzip der kommunistischen Gesellschaft, eines der grossen Ideale, für welche die Kommunisten kämpfen (...). Zur Beseitigung der Kriege muss man die soziale Ordnung ändern.»

Diese höchstoffizielle Erläuterung des Friedens als Endziel der sozialistisch/kommunistischen Politik gab die Grosse Sowjetenzyklopädie (3. Ausg., Moskau 1974, Bd. 16, S. 908).

Den Krieg an der Quelle zerstören — notfalls mit Krieg

Damit der Friede entstehen kann, muss man die feindliche Gesellschaftsordnung zerstören, denn er ist wie der Krieg eine Klassenerscheinung.

Der Friede in einer antagonistischen Klassengesellschaft ist immer eine provisorische Lösung der internationalen Beziehungen und wird zwangsläufig immer wieder von neuen Kriegen unterbrochen. Nur eine klassenlose Gesellschaftsordnung garantiert den endgültigen Frieden ohne Kriege. Einen solchen Frieden genoss die vorgeschichtliche kommunistische Gesellschaft. Ihn wird in Zukunft auch die selbstverwaltende kommunistische Gesellschaft geniessen. Die Kommunisten müssen bis dahin für den Frieden kämpfen, und dieser Friedenskampf ist eine Art internationaler Klassenkampf zur Zerstörung der Herrschaft des Kapitals als Quelle des Krieges.

In seinen «Briefen aus der Ferne» stellte Lenin fest, dass «nur die Herrschaft des Proletariates» imstande sei, «den Frieden zu verwirklichen, aber nicht den imperialistischen Frieden, nicht die Vereinbarung zwischen den imperialistischen Staaten über die Teilung der von den Kapitalisten und ihren Regierungen geraubten Beute (...)». (Ges. Werke, russisch, 5. Ausg., Bd. 31, S. 55)

Lenins Worte sind Wegweiser auch für die heutige Sowjetpolitik, betont die Grosse Sowjetenzyklopädie.

«Wir wollen den Frieden, aber nicht als Herrschaft des Kapitals»

Die Kommunisten wollen also von einem «imperialistischen Frieden» nichts wissen, sondern von einem proletarischen Frieden, dem die gewaltsame Liquidierung der Friedensgegner vorangehen muss.

Die Sowjetunion beansprucht für sich selbst das

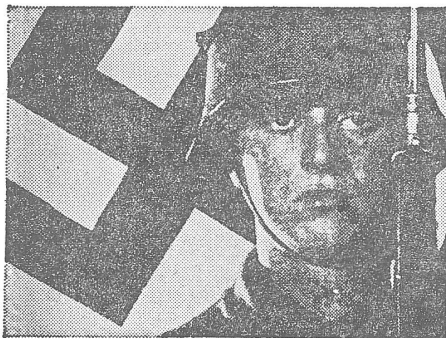
Verdienst, den Frieden in der Welt gefestigt zu haben, ihn zur «allgemeinmenschlichen Aufgabe» gemacht zu haben, indem sie eine weltweite «Friedensbewegung» aufbaute. Diese Friedensbewegung muss kämpfen: einmal gegen die Möglichkeit eines Kriegsausbruchs, vor allem aber für den Sozialismus und gegen den Kapitalismus, damit auch die Quelle des Krieges beseitigt wird: «Einerseits ist der Kampf für den Frieden von der Entwicklung der antiimperialistischen Bewegung nicht zu trennen; sie ist mit dem Kampf für die Freiheit der Völker, für Fortschritt und Demokratie verbunden; andererseits schafft die Festigung des Friedens günstige Bedingungen für den Befreiungskampf der Werktätigen.» So sagt die Sowjetenzyklopädie weiter (S. 909).

Friedenskämpfer sind nicht Pazifisten

Die Friedensbewegung wird als eine über Klassen stehende Bewegung dargestellt; jeder, der gegen Kriege ist, soll sich den von der Sowjetunion gebildeten und finanzierten Friedensorganisationen anschliessen.

Friedenskämpfer können sogar Angehörige der Bourgeoisie oder kirchliche Kreise sein. Sie dürfen guthiessen, was die Grosse Sowjetenzyklopädie im Jahre 1974 schrieb: «Die Kommunisten lehnen sowohl die pseudorevolutionäre extremistische Idee der Festigung des Sozialismus und des Friedens als Folge eines Krieges als auch eine rechtsopportunistische Auffassung des Friedens als Verzicht auf den Klassenkampf, auf den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und Politik ab.»

Die unzähligen «Friedenskämpfer» in der kapita-



Zwei Friedensbotschaften

Oben: «Die Bereitschaft des Friedens.» (Friedrich Heiss: «Deutschland zwischen Tag und Nacht.» Volk-und-Reich-Verlag, Berlin 1934.)

Unten: «Die Sache des Friedens und der Völkerfreundschaft wird siegen.» («Sowjetskaja Rossija», Moskau, 31. August 1961.)



Nigel Grant

Schule und Erziehung in der Sowjetunion

Aus dem Englischen von Hans Jörg Pommer.

1966, 239 Seiten, Pappband, 12.80
ISBN 3 85913 027 7

Verlag SOI
Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

listischen Welt gehören meistens kirchlichen oder gutsituierten bürgerlichen Kreisen an, die aus politischem Opportunismus ein «proletarisches Bewusstsein» vortäuschen wollen. Sie denken nicht daran — wollen wir hoffen —, dass sie sich einer Bewegung angeschlossen haben, die den «ewigen Frieden» auf den Ruinen jeglicher Rechtsstaatlichkeit, einer freiheitlichen Sozial- und Rechtsordnung, verwirklichen will. Unter anderem durch gerechte, d. h. «revolutionäre» Kriege. Lenin schrieb 1917:

«Wir sind keine Pazifisten (...); wir haben es stets als Unsinn bezeichnet, dass das revolutionäre Proletariat auch revolutionären Kriegen abschwören sollte, die sich im Interesse des Sozialismus als notwendig erweisen können.» (Ausgewählte Werke, Bd. 6, S. 18)

Dass die Friedensbewegung eines der Instrumente der kommunistischen Machtergreifung darstellt, beweisen Lenins Worte: «... man kann keinen demokratischen, gewaltlosen Frieden erlangen (...), wenn nicht die Staatsmacht auf eine andere Klasse, auf das Proletariat, übergeht.» (Ebenda, S. 56)

Pax sovietica als Bewegungskrieg und Stellungskrieg

Die Geschichte der Sowjetunion ist der beste Beleg dafür, was man unter Frieden und Friedensbewegung verstehen soll.

Das erste Dekret der am 7. November 1917 errichteten Sowjetregierung handelte vom Frieden. Kaum war aber die Tinte der Unterschrift getrocknet, organisierte Lenin Sowjetregierung den Krieg! Schon wurden verschiedene Schritte unternommen, um im Zeichen einer Friedenspolitik die blutigste sozialistische Revolution zu verwirklichen. Friedenspolitik und Revolutionierung Europas wurden zu identischen Begriffen. Für Lenin war der Frieden von Brest-Litowsk mit den Zentralmächten wichtig, um die Revolution zu Hause durchzuführen und nachher auf Europa auszudehnen! Friede als ein Mittel der Revolution, als Phase zwischen Krieg und Revolution.

Die Friedensbeteuerungen hinderten Lenin nicht daran, die Roten Einheiten gegen die Ukraine, Weissrussland, die Transkaukasusrepubliken, gegen die jungen Nationalstaaten einzelner Moslemvölker und 1920 sogar gegen Polen zu schicken, die Revolution in Ungarn, in der Slowakei, in Bayern, aber auch in Oesterreich, in Berlin usw. zu unterstützen, die zentralasiatischen Monarchien Chiwa und Buchara zu überfallen («Hilfe der Revolution») und zu annektieren.

Diese Art Friedenspolitik wurde auch von Stalin fortgesetzt.

Er kümmerte sich nicht um die 1920 geschlossenen «ewigen Friedensverträge» mit den drei baltischen Staaten und mit Polen, ebensowenig um die Nichtangriffspakte mit diesen Staaten und mit Finnland aus den dreissiger Jahren, sondern schloss sich Hitler an, überfiel Polen, annektierte die baltischen Staaten, überfiel Finnland usw. 1944 annektierte er Tuwa — bis dahin Vasallenstaat der Sowjetunion an der chinesischen Grenze.

Nachdem die sowjetischen Ansprüche vorübergehend gesichert waren, kehrte Moskau erneut zur «Friedenspolitik» zurück.

Diese Friedenspolitik in Form der «friedlichen Koexistenz» gilt seit dem XX. Parteikongress als Generallinie der osteuropäischen Aussenpolitik in Richtung «nichtsozialistischer» Staaten.

Friedliche Koexistenz heisst politischer Krieg

Die friedliche Koexistenz ist die Taktik der kommunistischen Weltbewegung (Moskauer Ausrichtung) seit 1956. Dabei bleibt die strategische Zielsetzung unverändert und deklariert: Liquidierung der feindlichen Systeme und Verwirklichung des Sozialismus sowjetischer Prägung. Doch im Rahmen einer allgemeingültigen strategischen Generallinie gibt es mehrere taktische Etappen, und unter ihnen ist die friedliche Koexistenz vielleicht eine der wichtigsten.

Die friedliche Koexistenz kann den Anschein erwecken, in der revolutionären Strategie den berühmten «Schritt rückwärts» zu tun; in Wirklichkeit aber ist sie kein Schritt zurück, sondern ein Schritt nach vorn auf einem neuerschlossenen Weg.

Sowohl die Definitionen sowjetischer Nachschlagewerke als auch die Beschlüsse der internationalen kommunistischen Bewegung (siehe unsere Fenster) zeigen eindeutig, dass die Koexistenz als Kampfmittel verstanden wird, das übrigens die «gerechten Kriege» in keiner Weise ausschliessen will. Sie dient in kommunistischer Sicht dazu, die Uebergangsphase von Kapitalismus zu Sozialismus zu meistern, ohne einen Weltkrieg zu provozieren.

«Da ein gleichzeitiger Sieg des Sozialismus in allen Ländern oder in der Mehrheit der Länder nicht möglich ist, anerkennt der Leninismus die friedliche Koexistenz von Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen als ein objektives Gesetz, dessen Gültigkeit auf die ganze Periode des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmassstab ausgedehnt wird.» («Kommunist», Nr. 3/1963, S. 14)

Die friedliche Koexistenz ist demnach die Taktik

zur Erreichung des strategischen Ziels. Aussenminister Gromyko hielt in seinem 1962 veröffentlichten Buch fest: «Das Prinzip der friedlichen Koexistenz entspricht den Interessen der weiteren Förderung der sozialistischen Revolution und der Festigung der Positionen des Sozialismus am besten.» (A. Gromyko: «Die friedliche Koexistenz — der Leninsche Kurs der Aussenpolitik der Sowjetunion», Moskau 1962, S. 20)

An anderer Stelle schrieb er: «Dadurch, dass sich die friedliche Koexistenz zum Ziel gesetzt hat, die Massen zum aktiven Kampf für Frieden, Demokratie und nationale Befreiung zu mobilisieren, trägt sie zum friedlichen Uebergang zum Sozialismus bei.» (Ebenda, S. 99)

Der ehemalige polnische Parteichef Wladyslaw Gomułka äusserte sich ebenfalls in diesem Sinne: «Das strategische Ziel der Politik der friedlichen Koexistenz ist der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus im Weltmassstab (...). Der Sozialismus kann den Kapitalismus ohne einen katastrophalen Weltkrieg besiegen.» («Zagadnienia wojny i pokoju» — Kriegs- und Friedensprobleme — Warschau 1960, S. 5)

Die friedliche Koexistenz trägt laut der osteuropäischen Fachliteratur offensive Charakterzüge, denn sie diene nicht einer Aufrechterhaltung des Status quo zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern einem zugespitzten Klassenkampf auf internationaler Ebene. («Tarsadalmi Szemle», Budapest, Nr. 5/1963)

Die sozialistischen Länder müssen in diesem Kampf eine offensive Haltung einnehmen und den dialektisch zu interpretierenden Frieden aktiv verteidigen. («Sowjetskoje gossudarstwo i pravo», Nr. 3/1963)

Die friedliche Koexistenz im internationalen Beschluss

Deutlich ist das auch von den westlichen KP gutgeheissene «Hauptdokument der internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien» (Informations-Bulletin, Wien, Nr. 11 bis 15/1969) vom Juni 1969 in Moskau, das in Kapitel III, Punkt 3, zur friedlichen Koexistenz ausführt:

Die Politik der friedlichen Koexistenz widerspricht nicht dem Recht der unterdrückten Völker, im Kampf um ihre Befreiung die Mittel anzuwenden, die sie für notwendig erachten, um den bewaffneten oder nichtbewaffneten Weg zu beschreiten. Sie bedeutet in keiner Weise die Unterstützung reaktionärer Regime.

Ebenso unbestritten ist das unveräusserliche Recht jedes Volkes auf militärische Verteidigung gegen die Anschläge der imperialistischen Aggressoren und auf die Unterstützung anderer Völker in diesem gerechten Kampf. Das ist ein Bestandteil des gemeinsamen antiimperialistischen Kampfes der Völker.

Die Politik der friedlichen Koexistenz wirkt den Versuchen des Imperialismus entgegen, seine inneren Widersprüche durch Verschärfung der internationalen Spannung und durch Schüren von Kriegsherden zu überwinden. Diese Politik bedeutet weder die Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse noch eine Abschwächung des ideologischen Kampfes. Sie trägt zur Entwicklung des Klassenkampfes gegen den Imperialismus im nationalen und internationalen Massstab bei. Das unveräusserliche Recht und die Pflicht der Werktätigen und ihrer kommunistischen Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern ist der entschlossene Klassenkampf für die Beseitigung der Monopole und deren Macht, für die Durchsetzung einer wirklich demokratischen Ordnung und für die Errichtung der sozialistischen Macht, gleich auf welchem Wege. Die Kommunisten der ganzen Welt sind mit diesem gerechten Kampf solidarisch.

Die antiimperialistischen Massenaktionen sind eine der Bedingungen zur Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz. Eine solche Politik, die sich gegen die Kriegstreiber, gegen die Reaktion und gegen die Rüstungsmonopole richtet, entspricht den gemeinsamen Interessen des revolutionären Kampfes (...).

Die friedliche Koexistenz im Lexikon

Die Grosse Sowjetenzyklopädie (3. Ausg., Bd. 16, S. 929—935) gibt zum Stichwort der friedlichen Koexistenz folgende Schilderung (Auszeichnung von uns):

Ein Typ der Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedenen sozialen Systemen, der voraussetzt: Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Lösung umstrittener Fragen zwischen den Staaten und ihre Lösung durch Verhandlungen; Gleichberechtigung, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zwischen den Staaten, Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen; Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Anerkennung des Rechts für jedes Volk, das eigene sozioökonomische und politische System frei zu wählen; strenge Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten; Entwicklung wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit auf der Grundlage vollständiger Gleichheit und gegenseitiger Vorteile. Eine Politik, die auf die Entstehung und Entwicklung eines solchen Typs der zwischenstaatlichen Beziehungen ausgerichtet ist, wird Politik der friedlichen Koexistenz genannt. Sie ist berufen, die Beziehungen von Beherrschung und Unterdrückung im internationalen Leben aufzuheben, die allgemeindemokratischen Normen, die vom Imperialismus verletzt wurden, wiederherzustellen. Die friedliche Koexistenz ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf internationaler Ebene, aber eine spezifische Form des Klassenkampfes:

1. Weil der Kampf zwischen den herrschenden Klassen geführt wird, welche die Staatsgewalt innehaben, und
2. weil der in seinem Wesen antagonistische Konflikt zwischen den beiden gegensätzlichen sozioökonomischen Systemen von militärischen

Zusammenstößen auf den wirtschaftlichen Wettbewerb, auf die Gegenüberstellung der politischen Systeme und des Lebenswandels, auf den Kampf der Ideologien übergeführt wird.

Der organische Zusammenhang, die Einheit von Kampf und Zusammenarbeit ist ein Charakterzug der friedlichen Koexistenz, eine Quelle ihrer inneren Widersprüche, ein ständiger Stimulus für die Suche nach gegenseitig annehmbaren Entscheidungen, welche die militärischen Zusammenstöße ausschliessen. (...)

Die Ausarbeitung des Konzeptes der friedlichen Koexistenz war eine der grössten Errungenschaften der politischen Theorie des Leninismus. (...)

Die prinzipielle Schlussfolgerung des XX. Kongresses der KPdSU (im Februar 1956, LR) über die Vermeidbarkeit eines Weltkrieges wurde von der kommunistischen Weltbewegung bejaht. Es heisst in der Deklaration der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder (1957): «Das Leninische Prinzip der friedlichen Koexistenz beider Systeme (...) ist die unerschütterliche Grundlage der Aussenpolitik der sozialistischen Staaten und eine zuverlässige Grundlage von Frieden und Freundschaft unter den Völkern.»

In der Erklärung der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien 1960 wurde betont: «Durch die vereinigten Anstrengungen des sozialistischen Weltlagers, der internationalen Arbeiterklasse, der nationalen Befreiungsbewegung aller Länder, die sich gegen Kriege einsetzen, und aller friedliebenden Kräfte lässt sich ein Weltkrieg vermeiden.» (...) Die Geschichte beweist, dass die friedliche Koexistenz den weltrevolutionären Prozess nicht nur nicht hindert, sondern ihn im Gegenteil stimuliert. (...) Die sozialistischen Staaten zwingen dem Imperialismus die Politik der friedlichen Koexistenz auf und schaffen so günstige Voraussetzungen für die rasche Entwicklung ihrer Wirtschaft, für die allseitige Entwicklung der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen. Je

stärker das Weltsystem des Sozialismus ist, desto grösser sind seine revolutionierenden Einwirkungen auf die werktätigen Massen, seine Möglichkeiten zur Unterstützung der revolutionären Bewegungen. (...) Die Politik der friedlichen Koexistenz wirkt auch auf die innere Lage der kapitalistischen Staaten zurück. W. I. Lenin stellte im Zusammenhang mit der Genua-Konferenz (im Jahre 1921; LR) die Aufgabe: «... das pazifistische Lager der internationalen Bourgeoisie (...) durch das revolutionär-bürgerliche Lager tiefgreifender zu spalten.» (Ges. Werke, russisch, Bd. 44, S. 408)

Die Politik der friedlichen Koexistenz löst diese Aufgabe, denn sie fördert die Zunahme aller demokratischen und antiimperialistischen Kräfte. Sie verhindert die Versuche der Imperialisten, ihre inneren Widersprüche durch Zuspitzung der internationalen Spannung zu bekämpfen. Sie fördert die Entwicklung des Klassenkampfes gegen den Imperialismus im nationalen und internationalen Massstab. Die Politik der friedlichen Koexistenz (...) entspricht den allgemeinen Interessen des revolutionären Kampfes gegen alle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung. (...)

Die Politik der friedlichen Koexistenz hat einen Kompromisscharakter (...). Im Rahmen der Vereinbarungen muss selbstverständlich jede Seite bestrebt sein, die eigenen prinzipiellen Interessen zu verteidigen. (...) Lenin schrieb: «Wir müssen uns als Regel aufstellen, der internationalen Bourgeoisie keine politischen Konzessionen zu machen (...), wenn wir dafür nicht mehr oder weniger gleichwertige Konzessionen seitens der internationalen Bourgeoisie für Sowjetrußland oder für andere Truppen des gegen den Kapitalismus kämpfenden internationalen Proletariats erhalten.» (Ges. Werke, 5. Ausg., Bd. 45, S. 142)

Diese Leninsche Methode bildet die Grundlage der praktischen Tätigkeit der UdSSR und der übrigen sozialistischen Länder bei der Regelung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit der kapitalistischen Welt.

Kampf für Demokratie?

Die Politik der friedlichen Koexistenz dient auch dem Kampf für die Demokratie, wobei die sozialistischen Staaten und die kommunistische Bewegung diesen Kampf nicht etwa zwecks Wiederherstellung der alten Demokratie, sondern zwecks Errichtung eines qualitativ neuen demokratischen Regimes unterstützen. Der Kampf für die Demokratie ist der Kampf für die sozialistische Demokratie! In den verschiedenen Aufrufen an die nichtkommunistischen, teilweise bürgerlichen Verbündeten wird dieses Ziel des Kampfes verschwiegen; in den osteuropäischen Fachzeitschriften und offiziellen Äusserungen aber immer hervorgehoben ...

Der Kampf für die Demokratie ist das wichtigste Bestandeselement der friedlichen Koexistenz; er hat die Aenderung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems im Westen zum Ziele. («Pravnickie Studije», Bratislava, Nr. 1/1967)

«Der konsequente Kampf für die Demokratie führt letzten Endes zur Expropriation des Bürgertums, zur Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Der Kampf für die Demokratie ist also ein Mittel zur Durchführung der

sozialistischen Revolution. (...) Zielsetzungen und Aufgaben dieses Kampfes nähern sich denjenigen des Kampfes für den Sozialismus an. Inhalt des Kampfes für die Demokratie ist die wirtschaftliche, politische und geistige Befreiung der Werktätigen. Verständlicherweise kann dies bei Aufrechterhaltung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie nicht verwirklicht werden.

Darin kommen Annäherung und Zusammenfallen des Kampfes für die demokratischen Einrichtungen mit den Zielsetzungen und Aufgaben der sozialistischen Revolution zum Ausdruck, die allein imstande ist, eine Gesellschaftsordnung

herbeizuführen, welche die soziale, wirtschaftliche und geistige Befreiung der Werktätigen mit sich bringt. (...) Demokratische Reformen und Umgestaltungen sind in der Gegenwart ein neues taktisches Kampfmittel, das die Herbeiführung der sozialistischen Revolution garantiert.» («Westnik Moskowskogo Universiteta. Filosofija», Nr. 1/1967)

Das zentrale Problem der kommunistischen Bewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist heute der «Kampf für die Demokratie», wobei jedoch ein begriffliches Missverständnis zu beobachten ist. Die «Verbündeten» interpre-

Dr. Klaus M. Leisinger
Arbeitslosigkeit, Direktinvestitionen und angepasste Technologie
Zur Investitionspolitik multinationaler Unternehmen in der Dritten Welt
246 Seiten, 15 Tabellen, kartoniert Fr./DM 28.—
Lassen sich die Probleme der Dritten Welt mit Lösungen aus Industrieländern bewältigen?

haupt für bücher

Falkenplatz 14
3001 Bern
031/23 24 25

Demnächst erscheint:

Prof. Alois Riklin, Prof. Hans Haug, Prof. Hans Christoph Binswanger
Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik

Etwa 1000 Seiten, gebunden, ca. Fr./DM 50.—

Erste umfassende Darstellung der schweizerischen Aussenpolitik!

haupt für bücher

Falkenplatz 14
3001 Bern
031/23 24 25

tieren die Demokratie ganz anders als die Kommunisten. Letztere wissen das sehr wohl, haben aber kein Interesse daran, dieses Aneinander-Vorbeireden immer ins richtige Licht zu stellen. Sie gestatten bürgerliche Illusionen.

Par définition: Indirekte Aggression

Im Begriff der friedlichen Koexistenz ist allgemein das Element des Kampfes viel dominanter als das Element des Friedens. Die Methoden dieses Kampfes hängen von den konkreten historischen Bedingungen ab; sie können wahlweise friedlich oder nichtfriedlich sein.

Die friedliche Koexistenz in sowjetischer Handhabung passt übrigens bemerkenswerterweise sehr wohl in den Begriff der *indirekten Aggression*, wie er gerade von der Sowjetunion definiert worden ist.

Die UdSSR hatte 1953 zuhanden der Weltöffentlichkeit einen Definitionsentwurf ausgearbeitet, der zwischen direkter und indirekter Aggression unterschied. Erstere umfasst nach traditioneller Manier die bewaffnete Gewaltanwendung, letztere aber die politische, wirtschaftliche und ideologische Aggression. (Ausführlich bei Istvan Herczeg: «Das Verbot des Aggressionskrieges und die Definition der Aggression», ungarisch, Budapest 1964, S. 103—104)

Nun ist die friedliche Koexistenz nach dem erklärten Willen ihrer Promotoren aus dem Sowjetlager zweifellos eine Form der ideologischen und politischen Aggression. Ihre Aufgabe ist es unter anderem, den Völkern der kapitalistischen Länder zu verstehen zu geben, dass der Feind nicht im Ausland, sondern in den jeweiligen eigenen Ländern zu suchen sei. «Dadurch trägt sie zur Entfesselung des revolutionären Kampfes bei.» («Kommunist», Nr. 6/1963)

Die friedliche Koexistenz ist mit dem ideologischen Kampf verbunden, in dessen Rahmen die Sowjets ihre Ideologie nach dem Westen bringen wollen, um die hiesigen Strukturen zu zerstören. Das ist ausgesprochene «indirekte Aggression» laut sowjeteigener Definition.

Die friedliche Koexistenz bezieht sich ausschliesslich auf die sowjetische Aussenpolitik gegenüber den «nichtsozialistischen» Staaten.

Die Ostblockstaaten sind nicht einmal durch die friedliche Koexistenz von der Hegemonialpolitik

des «sowjetischen Verbündeten» geschützt, da, wie schon gezeigt, in dieser Beziehung der «sozialistische Internationalismus» als Generallinie der Aussenpolitik dient. Sozialistischer Internationalismus und sein Hauptinhalt, die beschränkte Souveränität der «sozialistischen» Länder, garantieren den universalen Charakter des sowjetischen Modells samt Unterordnung der kleinen und mittelgrossen sozialistischen Staaten unter die Sowjetunion. Der sozialistische Internationalismus rechtfertigt sowohl die direkte als auch die indirekte Aggression der Sowjetunion gegenüber allen sozialistischen Staaten der Gegenwart und der Zukunft.

Koexistenz nicht fürs Lager

Auf die sowjetischen Bemühungen um eine Definierung der Aggression antwortete die chinesische Führung in der Zeitschrift «Hongqi» vom 1. Mai 1969 unter dem Titel «Die Maske der sogenannten ‚Aggressions-Definition‘ der Sowjetrevisionisten»:

Die Gewaltanwendung mit dem Ziel, die sozialen und politischen Errungenschaften anderer Völker zu sichern, sei unvereinbar mit dem Prinzip der friedlichen Koexistenz, wie der UNO-Delegierte der «Sowjetrevisionisten» am 26. Februar 1969 erklärt habe. Auf diese Weise werde aber die bewaffnete Aggression nur in Richtung der sogenannten «Länder mit verschiedenen sozialen Systemen» abgelehnt. Dies bedeute, dass die Gewaltanwendung für eine Aggression zwischen den Staaten des gleichen Systems keine Aggression sei. Breschnew habe «brüllend» erklärt, die Anwendung militärischer Massnahmen zwecks Invasion eines «brüderlichen Landes» sei eine Aktion zur Behebung der «Gefährdung des Sozialismus»; die Gefährdung der gemeinsamen Interessen rechtfertige die militärische Aktion. Es sei die gleiche Gangsterlogik, mit der die bewaffnete Besetzung der CSSR als eine Massnahme zur Garantie der gesamten sozialistischen Gemeinschaft und der Interessen des Sozialismus in diesem Lande gerechtfertigt worden sei.

Die Auffassung der Sowjetrevisionisten, wonach eine bewaffnete Aggression gegen Länder des gleichen Systems nicht als Aggression verstanden werden könne, sei lächerlich.

«Mit dieser reaktionären Theorie der sowjetischen verräterischen revisionistischen Führungselite

lassen sich alle ihre imperialistischen Aggressionen rechtfertigen. Wenn die Sowjetrevisionisten die Aggression als solche ablehnen, bedienen sie sich eines alten Tricks, den sie von den Zaren und den übrigen Imperialisten übernommen haben. Sie möchten wohl vergessen, dass der russische zaristische Imperialismus überall in Europa Aggressionen beging, die in sowjetischer Darstellung allerdings als ‚Verteidigung der legalen Regime‘ gelten.» Die Sowjetrevisionisten und Sozialimperialisten hätten die Methoden ihrer Vorgänger nicht einfach nachgeahmt, sondern noch unverschämter praktiziert.

So wird aus sozialistischem Internationalismus imperialistische Aggression — wenn man kommunistische Massstäbe anlegt!

Dritte Welt: Krieg statt Klassenkampf

Die Politik der friedlichen Koexistenz weist gegenüber den Entwicklungsländern spezielle Aspekte auf. Hier gilt das Feindbild nicht den betreffenden Staaten und ihren Strukturen, sondern ihren westlichen Partnern.

Die sowjetische und osteuropäische Fachliteratur betont, die Grundlage der Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und dem sozialistischen Lager müsse ein «unerschütterliches Bündnis» sein. Während sich die friedliche Koexistenz in den entwickelten kapitalistischen Ländern auf den zugespitzten Klassenkampf konzentrierte und eine Form des «erbitterten Klassenkampfes» darstelle (in dem die Rechtsnormen vom Standpunkt des revolutionären Bewusstseins ausgelegt werden müssten), diene sie in den Entwicklungsländern dem gemeinsamen Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus. Natürlich lasse sich gegenüber den Entwicklungsländern auch der innere Klassenkampf nicht völlig ausschalten, doch sei er in diesem Falle sekundär. («Sowjetskoje gossudarstwo i pravo», Nr. 3/1963)

Hauptfront der friedlichen Koexistenz ist also in den entwickelten kapitalistischen Ländern der innere Klassenkampf, in den Entwicklungsländern hingegen der internationale, der äussere Klassenkampf. Mit andern Worten: die zwischenstaatliche Auseinandersetzung, der Krieg.

Die friedliche Koexistenz gegenüber den Entwicklungsländern gilt vorerst als Mittel zur Förderung des «Befreiungskampfes» (auch nach der politischen Befreiung) und nur nebenbei auch der inneren Revolution. Der «Friedenskampf» muss also in den Entwicklungsländern die Unzufriedenheit durch ständige Hetzkampagnen gegen Kolonialismus und Imperialismus schüren, erst danach auch gegen die eigene Bourgeoisie. Um die Stimmung gegen den Imperialismus auch in den schon unabhängig gewordenen Staaten anheizen zu können, wird in diesen der Kampf für die wirtschaftliche Unabhängigkeit propagiert, obschon eine solche Unabhängigkeit für das eigene, sozialistische Lager als schädlich gilt.

Durch die zwei einander widersprechenden Aspekte der friedlichen Koexistenz entsteht folgende bemerkenswerte Situation: Die Sowjetunion will in ihren Beziehungen zum Westen

den Krieg — nicht aber die Revolution! — ausschalten; ihre Beziehungen zu den Entwicklungsländern will sie aber, gerade unter Berufung auf die Politik der friedlichen Koexistenz, ausnützen, um gegen den koexistierenden westlichen Partner eine kriegerische Front zu bilden.

Nicht die Sowjetunion, sondern die «nationale Befreiungsbewegung» soll notfalls auch den bewaffneten Kampf auslösen, um die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen abzuschütteln.

In diesem Falle ist jedoch das «sozialistische Lager» verpflichtet, im Sinne des proletarischen Internationalismus den Entwicklungsländern bzw. der nationalen Befreiungsbewegung zu Hilfe zu kommen. Eine solche Hilfe widerspricht nicht der friedlichen Koexistenz, da es sich ja hier um eine in der UNO-Charta verankerte Pflicht handle.

Die friedliche Koexistenz sichert also Osteuropa die Möglichkeiten eines «offensiven Friedenskampfes», wie dies in einem redaktionellen Artikel der polnischen zentralen Parteizeitung «Trybuna Ludu», Warschau (4. April 1973) direkt betont wurde:

«Die ideologische Front ist heute das Hauptgebiet des Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus, und die Trennungslinie folgt keinesfalls den geographischen Grenzlinien der beiden Systeme.» (Hervorhebung durch uns.)

Mit anderen Worten: Die friedliche Koexistenz garantiert dem Osten unter völkerrechtlicher Verankerung der Prinzipien dieser Politik eine legale ideologische Aggression (nach dem sowjet-eigenen Terminus technicus).



Die «flankierende Massnahme» der Koexistenzpolitik ist der militärische Ausbau zwecks Ueberlegenheit des Friedenslagers. Wohl nirgends in Europa ist das soldatische Heldenbild so unversehrt wie in der Sowjetunion.

Dass die Sowjetunion mit der Idee der völkerrechtlichen Anerkennung auch auf internationaler Ebene einen gewissen Durchbruch erzielte, beweisen die zivilen Menschenrechtskonventionen in der UNO.

Streitkräfte sind Grundlage

Die Grundlage einer friedlichen Koexistenz sowjetischer Prägung bilden die Streitkräfte der osteuropäischen Staaten! Das ist der Leitgedanke der gesamten Militärpolitik des Warschauer Paktes.

Ein Leitartikel der polnischen Militärzeitung («Zolnier wolnosc», Warschau, 29. 5. 1973) hält fest, vom «Gesichtspunkt des politischen Realismus» seien es die osteuropäischen Streitkräfte, die den betreffenden Staaten eine «flexible Friedenspolitik» ermöglichten. Wörtlich heisst es in diesem, unmittelbar vor der ideologischen Konferenz der führenden «militärischen Parteifunktionäre» veröffentlichten Artikel:

«Die Macht und die Solidarität der Staaten des Warschauer Paktes bilden die unentbehrliche Voraussetzung zur weiteren Entwicklung der flexiblen Friedenspolitik unserer Staaten, die mit den lebenswichtigsten Interessen der ganzen Menschheit übereinstimmt.» (Auch im Original hervorgehoben.)

Teppichhaus Teppich-Showroom Zürich
 W. Geelhaar AG Zwielerstrasse 35
 Thunstrasse 7 8004 Zürich
 3000 Bern 6 Telefon 01 39 34 24

Geelhaar

Teppiche?

bringt die Lösung!

Kompetente Beratung «mit Flair»
 Überzeugende Serviceleistungen:
 Teppichreinigung-Service
 Teppich-Reparaturservice und
 -Wäscherei
 Shop at home-Service
 Spezialabteilungen für Engros,
 Hotel und Objekt

Friesenatwahl und
 -Know How von allem,
 was man auf den
 Boden legt.

Ernst R. Borer

Spionage

Anwerbethoden und Anwerbepraktiken der Geheimdienste

168 Seiten mit Dokumenten, Illustrationen und umfangreichem Quellennachweis, Fr. 18.80.

«Der Prozess gegen das DDR-Agentenpaar ‚Kälin‘, ebenso wie das Verfahren gegen den ostdeutschen Meisterspion Guillaume und die Enthüllungen über den amerikanischen CIA haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Tätigkeit der Geheimdienste gelenkt. Wie viel auf diesem Gebiete getan – und allzusehnell wieder vergessen – wird, zeigt das Buch von Ernst R. Borer. Es schildert anhand von Fällen – viele davon haben sich in der Schweiz zugetragen – die Anwerbethoden auf ideologischer Basis, aber auch die Techniken der Erpressung („photographiertes Liebesleben“), die nicht nur Männer, sondern auch Frauen zu Werkzeugen fremder Spionage werden lassen.»

Zürichsee-Zeitung

Neptun-Verlag, 8280 Kreuzlingen

Tatsächlich Friedensgesetze

Im Sowjetlager hat es der Friede gut. Er ist gesetzlich gegen üble Nachrede geschützt. Wer Kriegspropaganda betreibt, wird als Schwerverbrecher verfolgt. Nur: Wer die Propaganda für eigene oder verbündete Kriegführung anficht, verstösst gerade gegen diese Friedensgesetze. Wer dem Militär und dem Militarismus im eigenen Lager opponiert, hilft der potentiellen Kriegsvorbereitung des Feindes und macht sich dadurch eben der Kriegspropaganda schuldig, mag er das selber noch lange als Friedenspropaganda auffassen.

Bürgerkrieg, Befreiungskrieg und friedliche Koexistenz bilden eine dialektische Einheit! Daran ändern auch die «Friedensgesetze» nichts.

Im sowjetischen Friedensgesetz vom 12. März 1951 heisst es:

«Der Oberste Sowjet der Sowjetunion (...) erklärt, dass sich das Gewissen und das Rechtsbewusstsein der Völker (...) mit der Gesetzwidrigkeit der von den aggressiven Kreisen einiger Staaten geführten Kriegspropaganda nicht abfinden können. Er erklärt sein Einverständnis mit dem Aufruf des zweiten Weltkongresses der Friedenskämpfer, der den Willen der ganzen fortschrittlichen Menschheit ausdrückt. (...)

Der Oberste Sowjet der UdSSR erklärt:

1. Die Kriegspropaganda jeder Art untergräbt die Sache des Friedens, ruft die Gefahr eines

neuen Krieges hervor und ist infolgedessen das schwerwiegendste Verbrechen gegen die Menschheit.

2. Personen, die der Kriegspropaganda schuldig sind, müssen dem Gericht übergeben und als Schwerverbrecher verurteilt werden.» (Gesetzesblatt, Nr. 5/1961)

Was Kriegspropaganda ist, bestimmt die KPdSU-Führung im Namen der fortschrittlichen Menschheit

Art. 71 des StGB der RSFSR und die entsprechenden Strafgesetze in den übrigen Sowjetrepubliken sehen als Sanktion für Kriegspropaganda Freiheitsentzug von drei bis acht Jahren vor. Der Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 18. Mai 1961 verschärfte diese Sanktion: als Nebenstrafe kann das Gericht zusätzlich Verbannung von zwei bis fünf Jahren (nach Abbüßung der Freiheitsstrafe) aussprechen. (Gesetzesblatt, Nr. 21/1961)

Wie der als offiziell zu betrachtende «Kommentar zum Strafgesetzbuch der RSFSR», Leningrad 1962, S. 153—154, erklärt, ist Kriegspropaganda die «Verbreitung von Ideen und Ansichten, die zum Ziele haben, eine Aggression seitens eines Staates oder einer Gruppe von Staaten gegen einen anderen Staat oder eine andere Gruppe von Staaten hervorzurufen. Die Formen der Propaganda haben für den Tatbestand des Deliktes keine Bedeutung. Die Propaganda kann mündlich, durch Ausnützung von Presse, Radio, Kino usw. betrieben werden.»

Der sowjetische Gesetzgeber spricht hier wie anderswo im Namen der ganzen «fortschrittlichen Menschheit».

Die KP Chinas protestiert ständig dagegen, dass die KPdSU im Namen der ganzen Menschheit bzw. aller Kommunisten spricht, aber im Sowjetlager hat diese Anmassung Gesetzeskraft.

Die universelle Strafbarkeit vor dem ungarischen Gesetz

Von ähnlichem Charakter sind auch die von Moskau diktierten volksdemokratischen Friedensgesetze.

Gemäss dem ungarischen Friedensgesetz (Nr. V/1950, vom 10. 12. 1950) ist der Kampf für den Frieden eine gesetzliche Pflicht jedes Staatsbürgers. Kriegshetzer, Personen, die Propaganda für den Krieg treiben oder die «den Frieden der Menschheit gefährden», werden zu Verbrechen erklärt und mit schweren Strafen bedroht. Wer mündlich oder schriftlich oder in irgendeiner anderen Weise zum Krieg aufwiegelt, wird mit Freiheitsentzug von sechs Monaten bis zu fünfzehn Jahren bestraft. Subjekt des «Deliktes» kann jedermann sein, sowohl ein ungarischer

Staatsangehöriger als auch ein Ausländer, ohne Rücksicht auf den Ort der Tat. Ein Ausländer kann also wegen seines im Ausland begangenen «Deliktes» nach den ungarischen Gesetzen bestraft werden. (!) Als Mittelsmann wird jeder betrachtet, der Kriegspropaganda in irgendeiner Weise — materiell oder intellektuell — fördert und unterstützt. (Vgl. «Jogi alapismeretek». Grundlehren des Rechts, Budapest 1954, S. 148 bis 149)

Von gleicher Art ist das polnische Friedensgesetz vom 29. Dezember 1950. Wer «die Verbreitung der Kriegspropaganda fördert» oder gegen die Bewegung der Friedensverteidiger kämpft (Art. 2), soll mit Freiheitsentzug bis zu fünfzehn Jahren bestraft werden. (Strafgesetzbuch und das Gesetz über die Ausschreitungen, 9. Ausg., Warschau 1958, S. 175—177)

Alle übrigen Staaten des Ostblocks erliessen zum gleichen Zeitpunkt ähnliche Gesetze, die von den Gerichten zwangsläufig nach dem Belieben der Führung ausgelegt werden müssen:

● Der Begriff des Friedens muss dialektisch und im Sinne der Parteipolitik interpretiert werden. Nirgends ist festgehalten, was man unter «Frieden» zu verstehen hat. Bürgerkrieg, nationaler Befreiungskrieg und Revolution stören den Frieden nicht, im Gegenteil: sie dienen zur Festigung des Weltfriedens. Infolgedessen kann eine Propaganda für diese Kriege bzw. für die Revolution auf nationaler oder internationaler Ebene dem Begriff der Kriegspropaganda nicht untergeordnet werden. Der Unterschied liegt im Begriff des gerechten und ungerechten Krieges; Propagierung und Unterstützung von Revolutionen, nationalen Befreiungskriegen usw. ist sogar Pflicht jedes fortschrittlich denkenden Menschen, und vor allem jedes Kommunisten.

● Parallel zur Aenderung der Parteipolitik kann der gestrige Kriegshetzer als Nationalheld betrachtet werden und umgekehrt. Es ist ausschliesslich die Partei, die letztlich feststellt, wer im gegebenen Moment ein Kriegshetzer ist und wer im Interesse der Weltrevolution handelt und deshalb als Held zu gelten hat.

«Friedensanleihe» wird von der Bevölkerung «Kriegsanleihe» genannt

Frieden und Krieg sind sowohl politisch und ideologisch als auch juristisch vollständig parteigebundene Begriffe. Die Vorbereitung eines Bürgerkrieges im Ausland bzw. die Schürung des «Befreiungskrieges» in einem bereits unabhängigen Entwicklungsland («Kampf für die vollständige wirtschaftliche und soziale Befreiung») sind keine Friedensstörung.

Dass Frieden, Krieg und Revolution miteinander eng verbundene Begriffe sind, beweist die Tatsache, dass eine erstrangige Aufgabe des in der Sowjetunion vor fünfzehn Jahren gegründeten *Friedensfonds* gerade die Unterstützung der nationalen und internationalen Revolutionsbewegung ist, unter dem Vorwand der Unterstützung des sozialen Fortschrittes.

In einigen Volksdemokratien wurde 1949 eine «freiwillige», in Wirklichkeit aber höchst obligatorische «Friedensanleihe» eingeführt: Jeder Werktätige *musste* 10 bis 15 Prozent seines Lohnes *freiwillig* der friedliebenden sozialistischen Aussenpolitik zur Verfügung stellen. Das Volk nannte aber mit Recht überall die Friedensanleihe «Kriegsanleihe».

Neu im Verlag SOI Bern

László Révész

Militärische Ausbildung in Osteuropa

TM 30, 1975, 302 Seiten, br., 22.—
ISBN 3-85913-085-4

Prof. Dr. L. Révész legt eine gründliche Darstellung der militärischen Vorbereitung der osteuropäischen Jugend sowie der dortigen Regelung des Militärdienstes vor. Der Autor nennt 4 Komponenten der vormilitärischen Ausbildung, die psychologisch entscheidend sind: Militärpatriotische Erziehung, Wehrsport, freiwilliger sowie obligatorischer Wehrtunterricht. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Schule, die Jugendorganisationen, die Partei und der paramilitärische Verband DOSAAF. Besonders berücksichtigt werden neben der Sowjetunion die Länder Polen, CSSR und Ungarn. Die Beschreibung des Militärdienstes ergänzen Angaben über die Ausbildung der Berufsoffiziere und über das militärische Disziplinar- und Strafrecht.

Verlag SOI
Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

Institutionen des Friedens

Die zuerst in den sozialistischen Ländern errichteten «Friedenskomitees» kämpfen ebenfalls für einen sogenannten «gerechten» Frieden und gegen einen «ungerechten Frieden», dessen Bruch Recht und Pflicht der Friedensorganisationen wird. Die Friedenskomitees existieren sowohl in den Betrieben als auch in den territorialen Verwaltungseinheiten der einzelnen Länder, mit einem nationalen Friedenskomitee an der Spitze. Sie bilden — zusammen mit den verschiedenen Friedensorganisationen in den westlichen Ländern — die Weltfriedensbewegung, die im Interesse der sowjetischen Hegemonialpolitik für einen Frieden kämpft, dessen Inhalt und Wesen die dialektische Interpretation voraussetzt. Dies ist aber Recht und Pflicht Moskaus.

Für die Auslegung des «Friedens» sind zwei internationale Veranstaltungen am Anfang der sechziger Jahre charakteristisch.

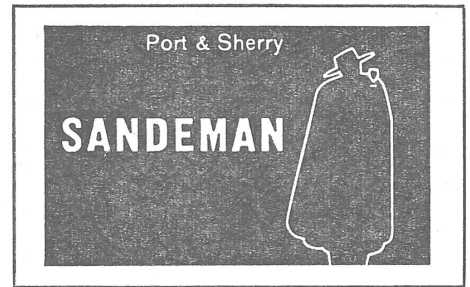
Die Statuten und Programme der Weltfriedensbewegung sowie der verschiedenen «internationalen demokratischen Organisationen» wurden zu einem Zeitpunkt verfasst, da die Sowjetunion noch über keine Kernwaffen verfügte. Die Sowjetunion musste später, im Besitze der Atomwaffen, die «Frontorganisationen» zur Aenderung ihrer Friedenstaktik veranlassen. Die Teilnehmer des Moskauer Friedenskongresses gegen die atomare Aufrüstung am Anfang der sechzi-

ger Jahre wollten gegen die atomare Aufrüstung im allgemeinen und nicht nur gegen jene der USA protestieren. Aus diesem Grunde wurde ihnen die öffentliche Kundgebung polizeilich untersagt. Ebenso wiesen die Organisatoren am Jugendfestival Helsinki eine pazifistische Gruppe zurück, als diese mit einem Transparent gegen westliche und östliche Atomversuche protestieren wollte. Die offizielle Sowjetpolitik verfiert nämlich die These, die sowjetischen Kernwaffen dienen dem Frieden, jene des Gegners aber dem Krieg. Deshalb sollten die von der Sowjetunion kontrollierten und finanzierten Friedensorganisationen und andere Frontorganisationen nicht gegen die sowjetische «Friedensbombe», sondern ausschliesslich gegen die «aggressiven» imperialistischen Kernwaffen protestieren.

Es wäre ein grosser Fehler, wenn man die sowjetischen und volksdemokratischen Friedenskomitees und andere Organisationen, die in der Friedensbewegung und in den ebenfalls für Frieden und Demokratie kämpfenden «internationalen demokratischen Organisationen» die uneingeschränkte Führung und Kontrolle innehaben, als rein gesellschaftliche Organisationen und die sowjetisch-volksdemokratischen Kontakte zu den nationalen und internationalen Friedenskomitees und -organisationen als gesellschaftliche Kontakte betrachten würde.

Die gesellschaftlichen Organisationen in den sowjetsozialistischen Ländern sind getarnte, vom Staat unterhaltene staatliche Organisationen. Auch ihre Kontakte mit dem Ausland können in Wirklichkeit ausschliesslich auf staatlicher Ebene oder mit staatlicher Genehmigung und im staatlichen Auftrag stattfinden.

Der Kontakt mit dem Ausland — und dazu ge-



hört der Friedenskampf — ist in allen Ostblockstaaten nicht nur eine staatliche, sondern sogar eine staatlich-zentralisierte Angelegenheit. Im Sinne des gültigen Ukas vom 16. Dezember 1947 (Art. 1) dürfen staatliche Organe, gesellschaftliche Organisationen und ihre Beamten mit ausländischen Institutionen Kontakte ausschliesslich via Aussenministerium unterhalten und pflegen. (Sammlung der Gesetze der UdSSR und der Ukasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. 1938—1958. Moskau 1959, S. 237—239)

Neue Kümmerly+Frey-Bücher

Bildband

Indien

Walter Imber, Hans Boesch

120 Seiten, 117 Farbbilder, 1 sechsfarbige Reliefkarte, 12 Kartenskizzen.

Format 24 x 30 cm. Fr. 88.—

Seit dem Zweiten Weltkrieg versucht Indien, aus eigenen Kräften eine Nation zu werden, den Lebensstandard zu heben und auf der politischen Bühne der Welt eine seinem geschichtlichen und kulturellen Selbstbewusstsein entsprechende Rolle zu spielen. Schweizer und indische Autoren haben sich zusammengetan, um über Naturgeographie, Kultur, Wirtschaft u. a. zu schreiben. Völlig unabhängig von den Textbeiträgen ist das Bildmaterial entstanden; dass gleichwohl dieser Band ein Ganzes darstellt, liegt daran, dass alle Beteiligten bemüht waren, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ein wahres Bild von Indien zu vermitteln.

Ein Sachbuch zu aktuellen Fragen

Die Welt bleibt reich

Eine optimistische Bestandaufnahme

Anton Zischka

288 Seiten, 54 Farbbilder, 4 Zeichnungen, 7 Kartenskizzen.

Format 17 x 24 cm. Fr. 58.—

Die Welt bleibt reich, weil erst weniger als die Hälfte unseres Planeten genutzt wird, weil es überall — auch in Europa — noch riesige Reserveräume und riesige Produktivitätsreserven gibt. Unsere Energieversorgung muss sich vom Kapitalverbrauch auf die Zinsnutzung umstellen; was die Untergangsprognosen übersehen, ist die ungebrochene kreative Kraft des Menschen, und Zischka belegt dies anhand zahlreicher Beispiele aus der Wissenschafts- und Entwicklungsgeschichte. In dieser positiven Entwicklung fällt Europa eine bedeutende Rolle zu.

Wirtschaftsgeographischer Weltatlas

Hans Boesch

3., auf den neuesten Stand gebrachte Auflage. 90 Seiten mit mehrfarbigen thematischen Karten, 36 Diagrammen und Zeichnungen, 80 Farbbildern, in Ringheftung. Format 32,5 x 24 cm. Fr. 48.—

Wie kaum ein anderes Fach ist die Geographie imstande, entsprechende Informationen als unerlässliche Grundlage einer politischen Meinungsbildung zu liefern. Insbesondere die Wirtschaftsgeographie kann hierfür Material zur Verfügung stellen. Die vorliegende dritte Auflage des Wirtschaftsgeographischen Weltatlas zeigt auf den Kartenrückseiten den neuesten (zugänglichen) statistischen Befund, so dass sich die Veränderungen gegenüber den auf 1964 fussenden Karten in anschaulicher Weise verfolgen lassen.

Unsere Welt heute

Ein neuzeitlicher Atlas für jedermann

264 Seiten, davon 184 Seiten vierfarbiger Kartenteil mit 84 Haupt- und Nebenkarten, 132 Fotos, 89 Themakarten und Graphiken, 77 Seiten Register. Format 26 x 35,5 cm. Fr. 78.—

Der RV-Atlas ist eine Weiterentwicklung bisheriger Konzeptionen, stellt jedoch durch seine grössere Anschaulichkeit, grössere Informationsfülle und durch seine Darstellungsart einen neuen Atlastype dar. Schwerpunkte sind Luft- und Welt-raumfotos der jüngsten Zeit, welche die abstrakte kartographische Information vertiefen und lebendiger machen. Absolut neu ist die unmittelbare Kombination aller Informationsformen und visuellen Elemente — physische, politische und thematische Karten, Graphiken, Luft- und Welt-raumfotos, Texte, Bildertexte — auf den einzelnen Doppelseiten.

In allen Buchhandlungen oder direkt bei Kümmerly + Frey, Geographischer Verlag, 3001 Bern

Ob auf friedlichem oder nichtfriedlichem Weg, das Ziel ist die

Sozialistische Revolution

Die Devise, dass der Zweck die Mittel heilige, ist weder eine Erfindung noch eine Ausschliesslichkeit des Marxismus-Leninismus. Aber systematischer als jede andere Lehre liefert er die Begründung zu ihrem schrankenlosen Gebrauch mit gutem Gewissen. Das Ziel nun ist die Revolution, und zwar eine Revolution mit monolithischem Machtanspruch ohne jeden Pluralismus. Die friedlichen oder nichtfriedlichen Mittel sind diesem Zwecke untergeordnet; massgeblich ist ihre jeweilige Tauglichkeit. Tatsächlich lassen sowohl regierende wie nichtregierende KP den friedlichen Weg durchaus gelten, wenn die Kapitulation der Gegner ihn gangbar macht. Aber im Unterschied zu einigen westeuropäischen KP machen die KPdSU, ihre Satelliten und Anhänger durchaus klar, dass auch die friedliche Revolution keine Respektierung der gegebenen Legalität, der parlamentarischen Mehrheit und der bürgerlichen Demokratie bedeutet.

Im Mittelpunkt der sowjetischen und sowjet-abhängigen Aussenpolitik stehen die Vorbereitung einer revolutionären Lage in den gegnerischen Ländern und die Abwehr einer «Konterrevolution» im eigenen Block.

Die Revolution ist im Sinne des Marxismus-Leninismus die schärfste Form des Klassenkampfes und hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Machtergreifung durch eine «fortschrittliche» Klasse;
2. Zerschlagung des früheren Staates bzw. Staatsapparates und Entzug der «Privilegien» (in Wirklichkeit der Grundrechte) der bisherigen «herrschenden Klassen» (samt Andersdenkenden);

3. Errichtung eines neuen Klassenstaates mit einer neuen Klassendiktatur.

Die Revolutionen sind nach sowjetischer Darstellung der Motor der Entwicklung. Der Uebergang von einer gesellschaftlichen Formation in eine andere erfolgt durch bewaffnete oder friedliche Revolutionen. Eine Revolution, heisst es, sei lediglich beim Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus ausgeschlossen, da ja im Sozialismus keine Ausbeuterklasse mehr bestehe und die noch existenten beiden Klassen — Arbeiter und Bauern — die gleichen Interessen hätten. Die Widersprüche würden im Sozialismus ohne Konflikt gelöst.

Im Sozialismus kann also nach dieser Auffassung höchstens eine Gegenrevolution stattfinden, die auf Anstiftung der Ueberreste der ehemaligen Ausbeuterklasse mit Unterstützung der internationalen Bourgeoisie friedlich (CSSR/1968) oder nichtfriedlich (Ungarn/1956) ausbrechen kann. Die Gefahr einer Gegenrevolution besteht, solange es den Kapitalismus/Imperialismus gibt.

Friedliche Revolution darf nicht etwa mit dem parlamentarischen Weg identifiziert werden (mahnt die KPdSU)

(Vgl. W. I. Lenin: «Staat und Revolution». Ost-Berlin 1961, Kapitel I—III. Ferner: Grosse Sowjetenzyklopädie, 2. Ausg., Bd. 36, S. 187, und Bd. 22, S. 479—480.)

Damit nun eine Revolution ausbrechen kann, müssen objektive und subjektive Bedingungen erfüllt sein.

Die Gesamtheit der objektiven Voraussetzungen nennt man *revolutionäre Lage*. Als Merkmale gelten:

1. Die herrschenden Klassen können ihre Herrschaft nicht mehr unverändert aufrechterhalten, und die unteren Schichten sind entschlossen, nicht mehr wie bis dahin weiterzuleben.
2. Not und Elend vertiefen sich.
3. Die Aktivität der Massen erweitert sich.

(Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Ost-Berlin 1960, S. 595—598)

Als subjektive Voraussetzungen für die Revolution braucht es eine *klassenbewusste Arbeiterklasse und deren revolutionäre Vorhut, die KP*.

Revolutionen sind nur bis zur Erreichung des Sozialismus möglich; darnach gibt es höchstens Konterrevolutionen.

Man nennt diese Voraussetzungen auch «allgemeine» und «unmittelbare» revolutionäre Lage. In Russland 1917 war als subjektiver Faktor die «revolutionierte» Armee von erstrangiger Bedeutung. («Woprossy istorii KPSS», Nr. 5/1967)

Generell unterscheidet man zwischen *bürgerlich-demokratischer* und *sozialistischer* Revolution. In der Chruschtschow-Aera (1953—1964) wurde dazu noch eine dritte Form der modernen Revolution, die *nationaldemokratische* Revolution in den Entwicklungsländern, in den Status einer positiven Kategorie erhoben.

Die bürgerlich-demokratische (die nationaldemokratische) Revolution darf jedoch für den Kommunisten niemals zum Endziel werden. Sie ist für ihn nur eine erste Etappe, der Ausgangspunkt der sozialistischen Revolution, und ein Kettenglied in der weltrevolutionären Entwicklung. (N. Tropkin: «Die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution», Moskau 1961, S. 8)

Damit sich Revolutionen dieser Art auch tatsächlich zur sozialistischen Revolution weiterentwickeln, muss die Vorhut der Arbeiterklasse (in den entwickelten kapitalistischen Ländern) bzw. die «revolutionäre Demokratie» (in der Dritten Welt) die Führungsrolle übernehmen.

Nachdem das Bürgertum die bürgerlich-demokratische Revolution gemacht hat, ist es zu beiseiten, damit das revolutionäre Programm des

Proletariats erfüllt und die Diktatur des Proletariats ausgerufen werden kann.

«Die sozialistische Revolution ist kein Einzelakt, keine einzelne Schlacht, sondern eine ganze Epoche schärfster Klassenkonflikte.» (Lenin: Werke, Bd. 22, S. 133)

«Während die bürgerliche Revolution mit der Machtergreifung gewöhnlich zu Ende geht, ist die Machtergreifung in der proletarischen Revolution erst der Anfang.» (Stalin: Werke, Bd. 8, S. 21)

Die sozialistische Revolution umfasst:

1. die Machtergreifung;
2. die totale Zerstörung des früheren Staates;
3. die Errichtung der Diktatur des Proletariats;

Memoiren eines schweizerischen Europäers

J. R. von Salis

Grenzüberschreitungen

Ein Lebensbericht. Erster Teil

J. R. von Salis ist als Radio-Kommentator des Zweiten Weltkrieges und als Verfasser des Standardwerkes «Weltgeschichte der neuesten Zeit» berühmt geworden. In diesem Buch erzählt er seine Jugend in Bern und seine Lehr- und Wanderjahre in Berlin, Paris und Zürich. Das Erlebnis der Zwischenkriegszeit in Berlin und Paris gibt dem Leben des hochmusikalischen Aristokratensohns die entscheidende Wendung. Ruhrbesetzung und Inflation, der Aufstieg des Nationalsozialismus und die Schwäche der westlichen Demokratien, das ganze bedrängende und endlich heillose Zeitgeschehen machen ihn zum Historiker. 1935 wird J. R. von Salis an die ETH in Zürich berufen. Vier Jahre später sieht er ohne Illusionen das Ausmass der Katastrophe voraus, zu deren Zeugen er berufen sein wird.

528 Seiten. Leinen Fr. 42.—



Orell Füssli Verlag Zürich

4. die darauffolgenden «revolutionären» Massnahmen zum Aufbau des Sozialismus.

Nach sowjetischer Darstellung ist die sozialistische Revolution der höchste Akt des echten Humanismus, da sich diese Revolution für die «Interessen der Werktätigen» einsetze und im Dienst dieser Interessen vor keiner Gewaltanwendung gegen die Feinde der Revolution zurückschrecke. Die Gewalt sei kein Selbstzweck, sondern liege im Interesse der Revolution.

Der Vorrang der allgemeinen Interessen in der sozialistischen Revolution «schliesst jede An-

Der Begriff der sozialistischen Revolution dient der UdSSR dazu, die «revolutionäre Weltbewegung» nach Möglichkeit unter Kontrolle zu bekommen. Gleichzeitig hat er auch die Garantie und Festigung der sozialistischen Errungenschaften in den sozialistischen Staaten zum Inhalt, da, wie es heisst, der sozialistische Aufbau in den sozialistischen Ländern ein Beschleunigungsfaktor der weltrevolutionären Bewegung ist. Entsprechend ist auch die Aussenpolitik des sozialistischen Staates «ein untrennbarer Bestandteil der revolutionären Weltbewegung». («Kommunist», Nr. 1/1969)

Die kommunistische Partei ist gerade deswegen eine «Partei neuen Typs», weil sie den revolutionären Vortrupp des Weltproletariats bildet, weil sie als Hauptziel die Revolution hat. Die sozialdemokratischen Parteien wurden hingegen zu «Parteien alten Typs», weil sie a) anstelle der Revolution Evolution (d. h. Reformen) verlangen, b) auf die Diktatur des Proletariats nach dem Sieg der Revolution verzichten und c) die parlamentarische Demokratie mit anerkannter Opposition befürworten und nicht an der absoluten Führungsrolle ihrer Partei festhalten.

Die heutige Revolutionstheorie hält den Bürgerkrieg nicht in jedem Fall für unvermeidbar, sondern gibt dem friedlichen Weg der Machtübernahme sogar den Vorzug. Diese friedliche Revolution ist jedoch *nicht denkbar ohne Klassenkampf* (Revolution ist ja die höchste Form des Klassenkampfes), ohne revolutionäre Massnahmen gegen die feindlichen Klassen und Elemente, ohne Enteignung und Liquidierung der ehemaligen Ausbeuterklassen.

Heute handelt es sich demnach um eine mehrstufige *evolutionäre* Entwicklung in Richtung

demokraten, wird vorgeworfen, ausschliesslich den evolutionären Weg zu befürworten. Den «kleinbürgerlichen Revolutionären», den «Gauchisten» in westlicher Terminologie, macht man den absoluten Verzicht auf die evolutionäre Entwicklung (Reformen) zum Vorwurf, denn die Revolution bringt — so die offizielle Parteiliteratur — immer sprunghafte Veränderungen und Umgestaltungen mit sich. Die Entwicklung kann jedoch nicht aus lauter Sprüngen bestehen; es gilt daher, diese durch Reformen gründlich vorzubereiten.

Als Nebenprodukte oder Nebenresultate des revolutionären Kampfes werden die Reformen also befürwortet; nach der sozialistischen Umgestaltung muss sich das Verhältnis zwischen Revolution und Reform aber wieder ändern! («Woprosy istorii KPSS», Nr. 8/1966)

Ein führender italienischer Kommunist erklärte auf einem Symposium für Fragen des Kampfes

Alle demokratischen Revolutionen sind nur Etappen zur Revolution des Proletariats (d. h. seiner selbsternannten Vertreter)

archie und jegliches Einzelgängertum aus» («Prawda», 16. 12. 1968), denn der Revolutionär versteht unter «Interessen» den Vorteil der Gesellschaft und nicht seinen eigenen.

Neu ▼ im Verlag SOI Bern

Peter Sager Demokratische Mitte und Totalitarismus

5 Vorträge
TM 31, 1975, 126 Seiten, br., 11.70
ISBN 3-85913-086-2

Unter dem Titel «Demokratische Mitte und Totalitarismus» fasst Peter Sager fünf Vorträge zu diesem Themenkreis zusammen: Politische Aufklärung in der offenen Gesellschaft, Die demokratische Mitte zwischen den Extremen von links und rechts, Die Ideologie der Neuen Linken, Ueber die Ursprünge der Neuen Linken, sowie Freiheit und Totalitarismus.

Das Taschenbuch enthält eine Fülle neuer und faszinierender Gedanken und sollte als Grundlage für den staatsbürgerlichen Unterricht an Mittelschulen herangezogen werden. Aber auch Politiker und namentlich Eltern werden die Texte mit Gewinn lesen. Sie ebnen den Weg zum besseren Verständnis und zur geistigen Bewältigung der heutigen Zeit und interessieren jeden engagierten Zeitgenossen.

Verlag SOI
Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

Strukturelle Reformen sind nur provisorische Zielsetzungen. Wir brauchen sie als taktisches Kampfmittel

auf die Diktatur des Proletariats, die dann die Aufgaben der sozialistischen Revolution endgültig zu erfüllen hat. («Kommunist», Nr. 8/1966) Ein Bürgerkrieg, also eine gewaltsame Revolution, ist *dann* obligatorisch, wenn das Bürgertum nicht freiwillig auf seine Machtposition verzichtet.

Gleichzeitig wird betont, friedliche Revolution und friedliches Hinüberwachsen dürften *nicht* etwa mit dem parlamentarischen Weg identifiziert werden, der nur einer der möglichen Wege sei. Als exemplarisch für die friedliche Revolution werden ausgerechnet die Volksdemokratien angeführt («Prawda», 15. 2. 1966, u. a.), ungeachtet der zahllosen Opfer!

Die Kommunisten behalten sich das Recht vor, den Verlauf der Revolution jeweils entsprechend der momentanen Lage zu bestimmen. Dazu schrieb Luigi Longo: «Es ist völlig klar, dass niemand garantieren kann, dass es unter neuen Bedingungen nicht zu einem Bürgerkrieg kommt . . .» («Prawda», 29. 5. 1964)

In letzter Zeit bemüht man sich, Revolution und Evolution theoretisch klarer abzugrenzen, und kämpft dabei gegen zwei Abweichungen:

Den «Reformisten», vornehmlich den Sozial-

Wer sich für die Werktätigen einsetzt, darf vor keiner Gewaltanwendung gegen die Feinde zurückschrecken

für Demokratie in Prag — veranstaltet 1963 von der Redaktion der Zeitschrift «Probleme des Friedens und des Sozialismus»:

«Wir werden nicht durch strukturelle Reformen selber zum Kommunismus kommen, sondern nur durch den Kampf um strukturelle Reformen. (. . .) In diesem Sinne haben also die ‚strukturellen Reformen‘ nur den Charakter provisorischer Zielsetzungen.»

Dieselbe Auffassung drückt die sowjetische Fachliteratur aus:

«Demokratische Reformen und Umgestaltungen sind in der Gegenwart ein taktisches Kampfmittel, das die Heranziehung der Massen zur Durchführung der sozialistischen Revolution garantiert; sie sind eine spezifische Form des Klassenkampfes der Werktätigen gegen das Kapital.» («Westnik Moskovskogo Universiteta. Serija Ekonomika, Filosofija», Nr. 1/1967)

Die Revolution lässt sich — nach sowjetischer Darlegung — mit der UNO-Charta vereinbaren, ja die UNO-Charta befürwortet indirekt die Revolutionen. Die Revolutionen bilden nämlich eine Form *der nationalen Selbstbestimmung*

Die Unterstützung von revolutionären Bewegungen entspricht dem Sinn der UNO-Charta

über das soziale System. Die UNO-Charta befürwortet die Selbstbestimmung; die Unterstützung der revolutionären Bewegungen ist mithin eine Aktion, die mit der UNO-Charta weitgehend übereinstimmt. Die Sowjetunion und die übrigen «sozialistischen» Staaten erfüllen also ihre Aufgaben, die sich aus der UNO-Mitgliedschaft ergeben, wenn sie die revolutionären Bewegungen unterstützen. (Vgl. Laszlo Revesz: «Export der Revolution», Bern 1971, S. 27)

Verbündete bis auf weiteres

Die sogenannte «Massenbasis» war und bleibt eine der Hauptlosungen sowjetischer Innen- und Aussenpolitik. In der Aussenpolitik des Ostblocks scheint man heute der praktischen Verwirklichung dieser Losung wesentlich grössere Aufmerksamkeit zu schenken als früher. Im Aktionsprogramm der Ostblockparteien und -staaten erhält die internationale Diktatur — anstelle der nationalen — immer grössere Bedeutung.

Diese Orientierung der Aussenpolitik verlangt erstens eine ausgedehnte Massenbasis für die revolutionäre Bewegung in den kapitalistischen Staaten und zweitens eine entsprechende Anpassung der gegenwärtigen politischen Taktik.

Die Strategie der Revolution bestimmt die provisorischen und die endgültigen Verbündeten. Die Taktik hingegen ist unbeschränkt flexibel; sie legt die jeweiligen Kampfmethoden, die Opportunität von Kompromissen usw. fest.

Konkretisiert lautet das Strategie-Taktik-Verhältnis in der Revolution heute so: Wohl gibt es eine von der internationalen Konferenz der kommunistischen Parteien angenommene, allgemeinverbindliche Generallinie. Im Rahmen dieser Linie können aber die einzelnen kommunistischen Parteien in den kapitalistischen (nicht aber in den sozialistischen) Ländern schöpferisch ihren jewei-

ligen strategischen und taktischen Plan entwickeln. («Woprossy istorii KPSS», Nr. 8/1966)

Die aussenpolitische Taktik der Ostblockstaaten gegenüber den bürgerlich-kapitalistischen Staaten verfolgt prinzipiell zwei Linien: erstens die Politik der Einheitsfront und zweitens die Bündnispolitik. Die Einheitsfrontpolitik und -taktik ist bestrebt, zuerst eine Aktionseinheit, später eine organisatorische Einheit der internationalen Arbeiterklasse (durch die Einverleibung der Sozialdemokratie) herbeizuführen. Die Bündnispolitik bedeutet hingegen die Ausdehnung der «Massenbasis der Revolution» durch die Einschaltung nichtproletarischer Schichten, wobei als Verbündeter ersten Ranges — mindestens in der Theorie — das *werkstätige* Bauerntum gilt.

Sozialdemokraten: Ja, solange sie sich unsern Forderungen fügen

Obwohl dies eigentlich theoriwidrig ist, scheint heute die kommunistische Bewegung der Bündnispolitik grössere Aufmerksamkeit zu schenken als der Einheitspolitik. Man sah ein, dass es schwierig ist, eine «verbürgerlichte» Arbeiterklasse durch Klassenkampfparolen zu gewinnen. Wesentlich grössere Möglichkeiten findet die Bewegung im Kreis der westlichen linken Intellektuellen. Die politische Kampagne in Richtung des «Hauptverbündeten», des Bauerntums, scheint sich jedenfalls abzuschwächen, auch wenn von offizieller Seite und in der Fachliteratur das Gegenteil behauptet wird.

In Richtung der Sozialdemokratie sucht man den Weg der Verständigung, aber natürlich ohne Kompromisse und Konzessionen kommunisti-

scherseits: Man will die sozialdemokratische Bewegung wieder einmal zuerst ausnützen und dann liquidieren! Falls sie sich den kommunistischen Forderungen nicht fügt, wird sie erneut als reaktionär, konterrevolutionär usw. bezeichnet und behandelt.

Intellektuelle: Ja, sie können auch als Angehörige des Klassenfeindes nützlich sein

Die Erkenntnis, die linken Intellektuellen könnten für die Zwecke der Revolution mit grösserem Erfolg eingesetzt werden als die Arbeiterklasse oder das Bauerntum, führte zur Aufgabe des früheren antiintellektuellen Kurses in der gesamten kommunistischen Bewegung und zur entsprechenden Aenderung der Klassentheorie.

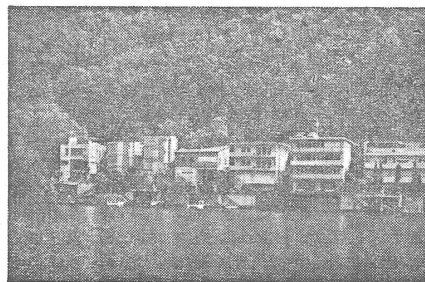
Einer offen zugegebenen, direkten Bündnispolitik mit den linken Intellektuellen stand gewissermassen die politische Theorie im Wege. Die Intelligenz wurde weder als eine eigene gesellschaftliche Klasse noch — jedenfalls bis 1968 — als eine eigene politische Kraft anerkannt. Es heisst in der Grossen Sowjetenzyklopädie (Bd. 18, S. 270—271): «Die Intelligenz, die eine Schicht und keine Klasse ist, kann keine selbständige politische Rolle im gesellschaftlichen Leben spielen.» Laut Lenin (Werke, Bd. 13, S. 191) kann sie ohne die Arbeiterklasse keine Aufgaben der demokratischen Revolution lösen. Nur wenn sie sich dem Volk nähert, könne sie unter der Führung des revolutionären Proletariats zu einer grossen Kraft in der revolutionären Bewegung werden. (Ebenda, Bd. 11, S. 199)

Die Intelligenz gilt als eine Schicht der herrschenden Klasse. Im Kapitalismus/Imperialismus

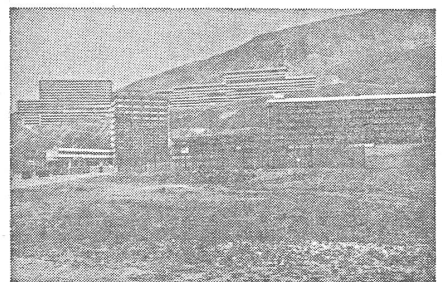
Unsere Ferien- und Erholungslandschaften sind in Gefahr!



Baden im Zivilisationsabfall. Was braucht der Mensch, um sich des Touristseins nicht mehr freuen zu können?



Der Wettbewerb um einen Fensterplatz, Catch-as-catch-can im touristischen Immobiliengeschäft mit kräftig und dankbar zahlendem Publikum.



...blinde Fassaden stehen als übriggebliebene Kulissen des kurzen touristischen Schauspiels herrenlos, aber in alle Ewigkeit gezimmert und betoniert als zeitgenössische Pompejis in der gequälten Erholungslandschaft herum.

Jost Krippendorf
Die Landschaftsfresser
Tourismus
und Erholungslandschaft —
Verderben oder Segen?

160 Seiten, 80 Abb., Preis 24.—
In jeder Buchhandlung

Ein aktuelles und eindrucksvolles Buch

Hallwag Verlag Bern und Stuttgart

gehört sie zur Bourgeoisie, im Sozialismus zur Arbeiterklasse. Wie die Grosse Sowjetzyklopädie (Bd. 18, S. 270—271) sagt, stellt die Reaktion im Imperialismus der Intelligenz menschenfeindliche Aufgaben: «Die Herstellung von Vernichtungswaffen, die Förderung einer geistigen Kultur, welche die Ideologie des Rassenhasses verkörpert. Die heutigen bürgerlichen Imperialisten wandeln die Intelligenz in eine Waffe zur Vernichtung der Kultur um.» Lenin war der Meinung, die Intelligenz im bürgerlichen Staat diene in ihrer Masse den Ausbeuterklassen (Ges. Werke, Bd. 38, S. 167—169, russisch) und helfe diesen, die werktätigen Massen zu unterdrücken. (Ebenda, Bd. 22, S. 303—304)

Deshalb wurde in der revolutionären Strategie und Taktik die Intelligenz höchstens im Sammelbegriff «übrige antimonomopolistische» oder «anti-imperialistische Kräfte» eingestuft und im besten Falle als «Mittelschicht» berücksichtigt.

Es waren in den sechziger Jahren hauptsächlich die kommunistischen Parteien im Untergrund, die das Zusammengehen mit den linken Intellektuellen nicht nur praktizierten, sondern auch offen zugaben, während man in den internationalen Veranstaltungen dem Thema auswich.

Eine offene Wendung erfolgte nach den französischen Ereignissen im Frühjahr 1968. Die sowjetische politische Philosophie hat sich seither energisch eingesetzt, neue Formeln zu finden, die ein Bündnis mit den linken Intellektuellen der kapitalistischen Staaten ermöglichen würden.

Ansätze zu einer solchen Wandlung in der Klassentheorie und der Bündnispolitik waren ab Mitte der sechziger Jahre zu erkennen. Man argumentierte folgendermassen:

Die neue Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft wird durch die wissenschaftlich-technische Revolution in dem Sinne beeinflusst, dass sich die ganze Klassenstruktur ändert, Arbeiter und andere Werktätigenkategorien (Lohnempfänger) einander näherkommen. Die gegenseitige Annäherung wurde besonders zwischen Arbeiter-

klasse und technischer Intelligenz bedeutsam. Letztlich werde auch die innere Struktur der Arbeiterklasse geändert, da die Annäherungsprozesse zur Integration führen müssten.

Die Forschungsergebnisse wurden hauptsächlich vom Moskauer Professor Ju. A. Wassiltschuk zusammengefasst und weitgehend «zugunsten» der westlichen Intelligenz interpretiert («Woprossy filosofii», Nr. 1/1969): Nicht eine Integrierung der Arbeiterklasse in die entwickelte kapitalistische Gesellschaft, nicht der Rückgang der politischen Rolle der Arbeiterklasse seien die Tendenz der Gegenwart, sondern umgekehrt: Die Arbeiterklasse des Westens und damit die soziale Basis der Revolution erfasse neue Schichten. Die technischen Intellektuellen und die Angestellten seien auch im Westen zu einer sozialen Schicht der Arbeiterklasse, zu einer gemeinsamen Produktionsklasse mit den Arbeitern geworden. Die Intellektuellen könnten und sollten also als eine Schicht der Produktionsklasse für die demokratisch-sozialistische Entwicklung gewonnen werden. Die Lohnempfänger — physisch und geistig Arbeitende — bildeten eine gemeinsame Klasse. Ihre Interessen seien identisch; sie alle würden vom Kapital ausgebeutet. Als Schicht des Proletariats sollten die Intellektuellen unter Führung der Vorhut des Proletariats, der KP, in den Kampf gegen das Kapital eingesetzt werden.

1970 wurde in der UdSSR eine Konferenz («Die Leninsche Theorie des Imperialismus und die revolutionären Kräfte der Gegenwart») abgehalten, um die Stellung der Intelligenz und der Studenten im Westen in der revolutionären Entwicklung klarzulegen. Die Schlussfolgerung lautete: Einige Schichten der früheren bürgerlichen Klasse und besonders der Intellektuellen kommen der Arbeiterklasse näher und schliessen sich ihr an. («Mirowaja ekonomika i meschdunarodnye otnoschenija», Nr. 8/1970, S. 69—80)

Die heutige Stellungnahme zur Frage der Intellektuellen ist wieder etwas dialektischer geworden: Die «fortschrittlichen» Kräfte der Intelligenz seien entweder Teile oder Verbündete der Arbeiterklasse. Die obersten Schichten der Intelligenz freilich gehörten auch heute noch zum Klassenfeind.

Studenten: Ja, wenn sie unsern Feinden mehr Aerger machen als uns

Im allgemeinen werden auch die Studenten differenziert behandelt. Die Theorie kümmert sich nicht um den «reaktionären» Teil der Studentenschaft, erklärt jedoch, dass die rebellierenden Jugendlichen sowie die hinter ihnen stehenden Sympathisanten *Verbündete* der kommunistisch geleiteten Arbeiterklasse seien.

Die offizielle Parteivertretung scheint von der «Produktionsintelligenz» mehr zu erwarten als von den linksradikalen Studenten, da bei ihnen die Führungsrolle der KP weniger gesichert zu sein scheint. In seiner Rede vor der internationalen Konferenz der kommunistischen Parteien in Moskau 1969 sagte Breschnew u. a.: «Es ist eine Tatsache, dass die Jugend, insbesondere die studentische Jugend, in den kapitalistischen Ländern von einer revolutionären Gärung ergriffen ist. (...) In den Aktionen der Jugend fehlen aber des öftern noch die politische Erfahrung und der Kontakt mit der Vorhut des revolutionären Kampfes.» («Prawda», 8. 6. 1969, S. 1—5, Kapitel I)

Die «ultralinken» Studenten bezeichnete er als «im wesentlichen kommunistenfeindliche Elemente», die der KP nur Konkurrenz machten, indem sie die anarchistischen Erscheinungen in der Jugendbewegung zu missbrauchen versuchten. Der fortschrittliche, revolutionäre Charakter wird der rebellierenden Studentenschaft abgesprochen, da diese nicht bereit sei, die Führungsrolle der Arbeiterklasse bzw. ihrer Vorhut (der KP) zu akzeptieren.

Für die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Studentenbewegung argumentiert man wie folgt: «Die ultralinken Leader widerspiegeln, auch wenn sie Lärm machen, nicht die Stimmung der grossen Masse der Studentenschaft, die sich zum Kampf gewinnen liess. Ihrem Wesen nach ist die studentische Bewegung mit Millionen junger Leute eine progressive, demokratische und wahrhaftige.» («Kommunist», Nr. 2/1970)

Seit Anfang der sechziger Jahre ist die kommunistische Weltbewegung immer weniger wählerisch in der Auswahl der Verbündeten. Praktisch jeder wird als Verbündeter akzeptiert, der bereit ist, *unter kommunistischer Führung* gegen das bestehende Regime zu kämpfen.

Teil I, Kapitel VIII des Programms der KPdSU («Die friedliche Koexistenz und der Kampf um den Weltfrieden») ermuntert alle regimfeindlichen Elemente des andern Lagers zur Aktivität, indem es ihnen die Hilfe des sozialistischen Sowjetstaates (nicht der Partei!) in Aussicht stellt:

«Alle Organisationen und Parteien, die nach Abwendung des Krieges streben, alle neutralistischen und pazifistischen Bewegungen und die bürgerlichen Kreise, die für Frieden und für normale Beziehungen zwischen den Ländern eintreten, werden bei der Sowjetunion Verständnis und Unterstützung finden.»

Neutralistische, bürgerliche und pazifistische Kreise werden in keinem Ostblockstaat geduldet; im Ausland will man aber mit ihnen zusammenarbeiten...

*

Es untersteht keinem Zweifel, dass dieses Bündnis nur bis zum Sieg der sogenannten «sozialistischen Revolution» dauert. Dann kommt aber die bewährte «Salamitaktik», und die gestrigen Verbündeten werden stufenweise zu Feinden gestempelt und beseitigt. Die «revolutionären Massnahmen» der mit ihrer Hilfe errichteten Diktatur des Proletariats nehmen keine Rücksicht auf die Verdienste in der Vergangenheit. Die ehemaligen Mitkämpfer sind sogar gefährlicher als die früheren Feinde, da sie gewisse Ansprüche auf die Führung erheben könnten.

Bezüglich der Dritten Welt wird ein solches Vorgehen gegenüber dem gestrigen Verbündeten offen zugegeben. Der vom Kolonialismus befreite Staat behält eine Zeitlang den Status eines «Staates der nationalen Demokratie», aber nur bis zur vollständigen Erkämpfung der Unabhängigkeit vom Imperialismus! In dieser Entwicklungsphase wird die Notwendigkeit der nationalen Einheit gefordert; nach der Erkämpfung der vollständigen Unabhängigkeit soll aber der Staat der nationalen Demokratie in den Staat der «revolutionären Demokratie» übergehen, in welchem die gestrigen Verbündeten stufenweise beseitigt werden müssen.

Lesen und lesen lassen

in Büchern
aus der Buchhandlung SOI

Verlangen Sie unser kostenloses
Informations-Bulletin
«Das aktuelle Buch»

Buchhandlung SOI
Jubiläumsstrasse 41,
CH-3000 Bern 6
Telephon 031 43 12 15
Telex 32 728

Konterrevolution am Beispiel

In einem «sozialistischen Staat» kann es keine Revolution mehr geben, sondern nur eine Gegenrevolution. Dabei wird jegliche Opposition — die verfassungsmässig verboten ist — als konterrevolutionär betrachtet.

In der Zeit des Bürgerkrieges 1918—1921 bediente sich Lenin ständig der dialektischen Kunstgriffe. Eines der ersten Dekrete der Sowjetmacht garantierte *allen* Völkern und Nationen Russlands das Recht auf Selbstbestimmung, einschliesslich Sezession und Gründung eines neuen Staates. Als aber die verschiedenen Nationen — grosse und kleine — von ihrem Recht Gebrauch machen wollten, stellte sich heraus, dass die Selbstbestimmung den Klasseninteressen, der Revolution und dem sozialistischen Aufbau

untergeordnet werden musste. Die Sezession hätte die «Revolution» geschwächt; deshalb wurde jeder Versuch in dieser Richtung als Konterrevolution betrachtet und niedergeschlagen. Das ist das Schicksal der zuvor gelobten «nationalen Befreiungskämpfe».

Seitdem gilt in der Sowjetunion die These: Nationalist = Konterrevolutionär. Die Verteidigung der Revolution ist ja Pflicht jedes sozialistischen Staates!

Konterrevolution ist aber nicht nur der Versuch, sich von einem sozialistischen Staat zu trennen, sondern auch jede Abweichung vom sowjetischen Modell des Sozialismus.

Ob in einem «sozialistischen Staat» eine Bewegung revolutionär oder konterrevolutionär ist, wird in Moskau entschieden. Den besten Beweis dafür liefert die ungarische Revolution 1956, die vor dem zweiten Moskauer Eingriff am 4. November 1956 sogar von den heutigen kommunistischen Führern immer und konsequent «Revolution», nach dem Moskauer Ueberfall aber konsequent «Konterrevolution» genannt wurde.

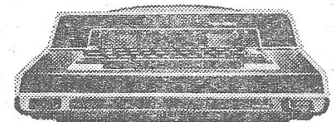
Am 1. November 1956, um 21.40 Uhr, sagte Janos Kadar, der neue Parteichef, im Budapester Rundfunk: «In einer ruhmreichen Erhebung hat unser Volk das Rakosi-Regime abgeschüttelt. (...)

Wir sind stolz darauf, dass ihr (nämlich die ungarischen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen) im bewaffneten Aufstand euren Platz tapfer behauptet habt! Ihr wart durchdrungen von wahrem Patriotismus und von Treue zum Sozialismus.» In seinem Gespräch mit einem Berichterstatter der «Humanité» sieben Jahre später (1963) behauptete er hingegen, dass es die ungarische Bourgeoisie und der internationale Imperialismus sowie der Pöbel gewesen seien, die im Aufstand mitkämpften.

Im Budapester Rundfunk sagte Kadar am 30. Oktober 1956 (abends): «Imre Nagy, Zoltan Tildy, Ferenc Erdei (...) sind meine hochverehrten Freunde und Kameraden», deren Handlungen er vollumfänglich billigte. 1963 sagte er: Imre Nagy und seine Gruppe hätten «die Rolle eines Hausmeisters» gespielt, indem sie der Konterrevolution «die Tore weit öffneten». (Janos Kadar: «Vorwärts auf dem Wege des Sozialismus. Reden und Artikel». Berlin, Dietz Verlag 1967, S. 15, 158—159)

Zur Zeit des Prager Frühlings erinnerte in «Literarni Listy» (13. 6. 1968, Nr. 16/1968, S. 13) Oswald Machatka in einem Artikel unter dem Titel «Zu einem Gedenktag» an den zehnten Jahrestag der Hinrichtung Nagys: «Er (nämlich Nagy) schrieb, dass die Volksdemokratien wegen ihrer Nachahmung der sowjetischen Erfahrungen ihren demokratischen und Volkscharakter verloren hätten. Deshalb verband er die Rückkehr zur Demokratie mit der Achtung der nationalen Eigenschaften und mit dem eigenen Weg zum Sozialismus. Die Souveränität und die Unabhängigkeit des Landes betrachtete er als unerlässliche Voraussetzungen für die Bewahrung von nationalen Eigenarten. Rakosis Unterwürfigkeit gegenüber der Sowjetunion und das ungleiche Verhältnis zwischen den sozialistischen Staaten führten ihn zur Ueberzeugung, das Pfand der Unabhängigkeit sei die Neutralität, die Nichtbeteiligung an militärischen Blöcken. (...) Meiner Meinung nach war Nagy nicht nur ein Blatt im Gewitter; er war zielbewusst bemüht, die Neutralität Ungarns zu erkämpfen, (...) um so mehr, als der Wunsch nach Neutralität und Aus-

Die Mehrzweck-Büromaschine



HERMES 705

Die elektrische Büro-Schreibmaschine für Fr. 1780.—

Ein Schweizer Produkt



Neu ▼ im Verlag SOI Bern

Genosse X.

Sowjetmission in Finnland

Botschafter Beljakows Instruktionen zur Machtergreifung

TM 32, 1975, 144 Seiten, br., 13.80
ISBN 3-85913-087-0

Vielleicht haben auch andere westliche KPs ihren Genossen X., der in den Kulissen sitzt und still notiert; der unbekannte finnische Genosse indessen hat sein explosives Material veröffentlicht. Er hat die Tätigkeit von Sowjetbotschafter A. S. Beljakow in Finnland, vom Juli bis Dezember 1970, aus nächster Nähe beobachtet. Beljakows Mission war besonderer Art, denn die KP Finnlands (SKP) war von Mitte der 60er Jahre an gespalten, und hier sollte der Botschafter den finnischen Genossen helfen, geeint das Ziel — die Macht — zu erreichen. Die massive Einmischung des Sowjetdiplomaten in die inneren Angelegenheiten nicht nur der SKP, sondern der finnischen Politik, konnte allerdings die beiden SKP-Flügel nicht befrieden. Aber die SKP hat nach wie vor eine «Schlüsselstellung» für den gesamten Westen; das hier enthüllte Programm wird weiter verfolgt.

Verlag SOI
Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

tritt aus dem Warschauer Pakt in diesen Tagen die Forderung des ganzen Volkes, der ganzen Öffentlichkeit war. Auch die Führung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei war damit einverstanden.»

Da aber Nagy den Sozialismus nicht nach sowjetischem Modell aufbauen wollte, und da er sein Land in einen neutralen Status zu überführen gedachte, wurde er am 17. Juni als Verräter des Sozialismus hingerichtet, zusammen mit seinen Kampfgefährten.

Dies ist das Ende der Revolution! Die siegreiche sozialistische Revolution führt das Land in die «sozialistische Staatengemeinschaft», und von dort gibt es keinen Rückweg mehr. Neutralität, Unabhängigkeit, Souveränität gelten nur so lange, als die Revolution noch nicht gesiegt hat. ■



Turbogaz für Hobby und Werkstatt

Turbogaz ist der neue Hartlöt-brenner von Camping Gaz International.

Für Butan und Propangas. Weitere Geräte von Camping Gaz International: Soudogaz-Lötlampe, Soudogaz-Set (Lampe, Kolben, Spitz- und Flachbrenner), Lötkoffer Soudogaz, das Lötsortiment für höhere Ansprüche.

**Generalvertretung Schweiz
Christen & Co. AG
Marktgasse 28, 3001 Bern**